Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 28. November.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Eingegangen ist das Genossenschaftsgesetz.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Statsberathung.

Abg. Liebknecht (Soz.-Dem.): Die Thronrede zeichnet sich durch Abwesenheit sensationeller Ueberraschungen aus, was ganz dem Ton widerspricht, der vorher in offiziellen Zeitungen geherrscht hatte. Auch von dieser Botschaft kann man sagen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Denn die Botschaft widerspricht den Thatsachen. Warum ist denn in den offiziellen Zeitungen der Ton ein so hetzerischer gewesen? Man sagt zwar, die Presse hat keine Bedeutung. Wenn dies aber der Fall ist, warum legen wir denn der auswärtigen Presse diese außerordentliche Bedeutung bei? Die Folge dieser Taktik ist nicht blos ein Mißtrauen im Volke, welches durch keine Thronrede beseitigt werden kann, sondern auch ein wachsendes Mißtrauen im Auslande. Und das Mißtrauen ist durchaus gerechtfertigt; denn jeden Tag wird das Volk durch alarmirende Nachrichten in Unruhe versetzt. Die Blätter der Kartellpresse sind vor allem daran schuld, daß das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen kann.

Trotz der Friedensversicherung der Thronrede zeigt auch das diesjährige Budget eine Steigerung der Ausgaben, um Deutschland in Kriegsbereitschaft zu setzen. Seit Gründung des Deutschen Reiches sind die Ausgaben für das Heer fortwährend im Wachsen begriffen. Im Jahre 1872 betrugen sie nur erst 383 Millionen; in diesem Jahre dagegen ergeben die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben die Höhe von über 1800 Millionen. Daß diese enorme Summe für Heereszwecke verwendet werden müsse, liegt allerdings in der Art und Weise, wie das Deutsche Reich gegründet worden ist. Es war das große Unglück unseres Vaterlandes, daß die nationale Frage in die Hände derjenigen gekommen ist, welche die Feinde der demokratischen Freiheit sind. Statt der Einigung Deutschlands von unten herauf haben wir jetzt die Einigung von oben her, welche damit anfangen mußte, daß ein Theil Deutschlands zuerst hinausgeworfen wurde.

Bei einer Einigung von unten herauf hätte es kein Preußen und kein Oesterreich gegeben, sondern nur ein einiges, freies Deutschland. Durch die gewaltsame Lösung von oben ist aber die freiheitliche Entwickelung unseres Landes in ihren Keimen zerstört. Durch Gewalt ist das Deutsche Reich gegründet worden, durch Gewalt konnte es nur so lange zusammengehalten werden.

Das Deutsche Reich krankt an dem Widerspruch, daß die Demokratie fortwährend mit dem entgegengesetzten Prinzip, das sich an der Spitze befindet, im Kampfe ist.

Als im Jahre 1870 das Deutsche Reich zustande kam, sprach ich mich dahin aus, daß eine Gefahr für das neue Deutsche Reich darin bestände, daß die Regierung theils infolge der Annexion von Elsaß-Lothringen, theils um andere Kräfte zusammenzuhalten, genöthigt wäre, eine Politik durchzuführen, welche eine friedliche, einheitliche Entwickelung unmöglich machen werde. Die Annexion von Elsaß-Lothringen ist nicht blos ein Verbrechen vom Standpunkt der Völkersouveränetät, sondern ein politischer Fehler, und zwar deshalb, weil wir deswegen stets in der Gefahr einer russisch-französischen Allianz schweben. Damals wurde ich ausgelacht; heute ist es offiziell zugestanden, daß unsere auswärtige Politik von der Furcht vor dieser französisch-russischen Allianz beherrscht wird. Wir haben also einen besseren Blick gehabt, wie Sie. (Lachen rechts.) Sie meinen, wir sind ja außerordentlich stark, wir können das ganze Ausland im Zaum halten! Ja das Ding hat doch eine Grenze, und ich glaube, wir sind jetzt so ziemlich an dieser Grenze angelangt, unsere Armee ist auf das Aeußerste angespannt, welches überhaupt erreicht werden kann, ohne daß man auf den Boden der Volksbewaffnung sich stellte, wozu man in Frankreich jetzt genöthigt sein wird. Glauben Sie, daß Deutschland beständig diese kolossale Steigerung der Ausgaben, der Steuern ruhig hinnehmen wird. Das Volk verlangt doch etwas für diese Ausgaben.

Wir stehen im Zeichen der Gewalt und mit Gewalt wird das Reich zusammengehalten. Wenn das Ausland tagtäglich liest von sozialistischen Prozessen und ähnlichen Vorgängen, wenn es liest, wie Leute, von denen selbst die Richter nicht sagen können, daß sie Verbrecher sind, sondern nur, daß sie unter einem Ausnahmegesetz stehen, verurtheilt werden, welchen Begriff muß es da von der Einheit Deutschlands bekommen! Es sind dies doch alles Leute, von denen die Richter sagen müssen, wir thun genau dasselbe für unsere Partei, was sie für ihre Partei thun. Soll das Volk in Deutschland nicht mit Zorn erfüllt werden über solche Heuchelei, wenn immer von einem freien, einigen Deutschland gesprochen wird und auf der anderen Seite eine solche Verfolgung von Personen, die ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, eintritt? Können die Chauvinisten in Frankreich wohl Respekt vor dem in Organen, wie die „Nordd. Allg. Ztg.", so gerühmten einigen Deutschland haben, wenn die Parteien, welche die Mehrheit des Volkes bilden, beständig als Reichsfeinde auf die Anklagebank geschleppt werden? Müssen jene denn nicht glauben, daß Deutschland innerlich zerrissen ist? Zum Glück glaubt man im Auslande diesen Blödsinn Ihnen nicht. Man weiß, daß diejenigen, welche als Reichsfeinde bezeichnet werden, wenn es gilt, nicht dulden werden, daß das deutsche Vaterland zerstückelt werde. 1806 und später ist das Vaterland verrathen von Leuten, die Ihnen (rechts) nahe standen, (Unruhe rechts) von den „Edelsten der Nation". Die Sozialdemokraten haben das niemals gethan. Wir haben alle Versuchungen dagegen zurückgewiesen. Unsere Soldaten würde man nicht fürchten, wenn wirklich die größte Hälfte Reichsfeinde wären; was man in Frankreich fürchtet, das ist ein einiges deutsches Volk. Und in dieser Beziehung ist von unserer Seite den französischen Politikern kein Zweifel gelassen worden, daß, griffe Frankreich an, dann das deutsche Volk einig verpflichtet und bereit sei, gegen sie zu marschiren. Aber Frankreich wird nicht angreifen. Man ist da viel ruhiger und fürchtet nur, daß Deutschland angreifen werde. Was in den Schandblättern steht, dafür ist keine politische Autorität Frankreichs verantwortlich zu machen; aber in Deutschland haben wir außer unserer und der freisinnigen Presse kaum noch ein Zeitungsorgan, welches nicht direkt oder indirekt mit den Reptilienfonds verbunden ist. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Reichstag einmal dafür sorgen wollte, daß dieses ewige Hetzen gegen Frankreich aufhört. Und wie schwankend ist nicht das Verhalten gegen Rußland und seine Werthe gewesen?

Wir können uns vielleicht unsere auswärtige Politik in Bezug auf Frankreich durch die Abneigung gegen die Demokratie erklären und bei unserem maßgebenden Personen begreifen. In Rußland dagegen sieht man verwandte Zustände. Wir haben auch mehr für Rußland gethan, als es sich meiner Ueberzeugung nach mit Deutschlands Ehre verträgt. Wir haben das schändliche Attentat gegen den Bulgarenthron geduldet; wir haben Rußland Geld gegeben. Trotz alledem aber werden wir nie Ruhe vor Rußland haben. Aber statt gegen Rußland eifern wir gegen andere Kulturländer, wie gegen England, mit dem wir jetzt zufällig wieder freundlich stehen. Frankreich steht heute am Scheidewege. Ob die Demokraten sich dauernd halten werden, weiß ich nicht, aber das Bestehen der Republik hängt davon ab, daß sie demokratisch und sozial bleibt. Und das kann Frankreich nimmer, wenn es einen Krieg beginnt. Warum versucht man es also nicht, gegen Frankreich einmal einen freundlichen Ton anzuschlagen? Nirgends sonst kommt eine solche Verhetzung vor, wie bei uns, auch nicht in Amerika. Bei uns wird da jeder, der nicht für den Reichskanzler ist, für einen Reichsfeind und Hochverräther erklärt. Der Abgeordnete Richter hat von dem jetzigen Reichstag den Ausdruck „Angstprodukt" gebraucht. Derselbe ist vollständig richtig, nur muß ich ihn noch verallgemeinern. Heute ist jeder Reichstag, jeder Landtag mehr oder weniger ein Angstprodukt, so lange eben die offizielle Presse ihre jetzige Politik fortsetzt, jeden Gegner als Reichsfeind hinzustellen. Das ist unwürdig, das ist nichtswürdig. Die politischen Prozesse mehren sich bei uns so, daß selbst die Richter davor Ekel empfinden. Sie haben mit eiserner Faust die Kette des sozialistischen Gesetzes den Arbeitern angelegt. Nun versuchen Sie durch die Sozialreform zu bessern. Sie geben aber kein Brot, Sie geben einen Stein. Statt einer besseren Regelung der Produktion und Konsumtion will man nur eine bessere Organisation der Armenpflege schaffen. Die Arbeiter weisen es mit Entrüstung zurück, wenn man ihnen mit der einen Faust an die Gurgel fällt und mit der anderen derartige Gesetze bietet. Der Name Sozialreform ist ein elendes Spiel mit Worten. Aber es muß auch eine wirkliche Reform sein. Mit der uns gebotenen können wir nicht zufrieden sein. Wir weisen ja nicht unter allen Umständen den Weg der Sozialgesetzgebung zurück, sondern würden es für ein Glück halten, wenn die Gesetzgebung in die Bahn der Sozialreform einlenkt.

Mit leidenschaftlichem Pathos wurde hier ausgesprochen: „Wir fürchten Gott und sonst niemand auf der Welt." Von der Gottesfurcht haben wir nun wirklich wenig gemerkt, aber sonst ist von Furcht allerdings recht viel vorhanden. Mit allen möglichen Schreckmitteln hat man die Wahlen beeinflußt, und darum erkennen wir das Resultat dieser Angstwahlen nicht an. Dieser Zug geht schon durch unser ganzes soziales Leben, obgleich der soziale Frieden doch von allen angestrebt werden sollte. „Eintracht macht stark" ist ein gutes altes Sprichwort. Bei uns aber scheinen die Staatsmänner zu glauben, Zwietracht macht stark. Es freut mich, daß ein Wunsch auf Preußens Thron den Muth gehabt hat zu sagen, „der Antisemitismus ist eine Schande des Jahrhunderts." Aber nicht blos gegen die Juden wenden sich die Waffen, nein auch gegen Engländer, Engländerinnen (Heiterkeit), ja noch höhere Personen. Sie scheinen sich jetzt nicht mehr zu erinnern, welche Rolle die Presse gerade der Ordnungspartei gespielt hat während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. Wie wurde es unserer Presse gegangen sein, wenn sie sich derartiges erlaubt hätte?

Bei uns kann es erst besser werden, wenn wir in ein ruhiges Fahrwasser lenken. Unsere Rüstungen sind nicht mehr einer Steigerung fähig, wenn nicht ein kolossaler Zusammensturz erfolgen soll. Ist denn das der Gang der Civilisation, daß zwei große Völker, wie Deutschland und Frankreich, sich in Rüstungen zu übertreffen suchen, und schließlich, weil sie nicht weiter können, über einander herfallen? Wäre es nicht besser, wenn wir vor einem Kriege Verständigung suchten? Das einzige Mittel ist eine internationale Abrüstung. Da lachen wohl manche, aber alle, die die Last des Militärs zu tragen haben und nicht blos die Vortheile davon haben, werden freudig zustimmen. In Frankreich würde jede Regierung, die sich dem widersetzen würde, dem Untergange geweiht sein. Man hat behaupten wollen, die hohen Getreidepreise jetzt seien nur durch die Spekulation herbeigeführt. Die Spekulation hat aber niemals die Preise auf die Dauer hoch treiben können. Die Steigerung ist in erster Linie die Folge der Mißernte, dann aber die Zölle. Wenn Sie die Zölle nur aus allgemeinen Interessen eingeführt haben, dann müssen Sie das dadurch beweisen, daß Sie jetzt, wo das Brot theuer ist, die Maßregel wieder rückgängig machen, so wie es England seiner Zeit that.

Von der Kolonialpolitik haben wir schon vor Jahren gesagt, daß sie weder der deutschen Industrie, noch der Ueberproduktion, noch der Ueberbevölkerung einen Abfluß schaffen werde. Das hat sich voll bewahrheitet. Die Leute, die man dorthin geschickt hat, haben sich unfähig erwiesen; schneidig in der That, ohne Gedanken im Kopfe. Das hat jetzt die Katastrophe herbeigeführt, und es werden diese Jahre vergehen, ehe wir wieder so weit sein werden in Afrika, als wir waren, ehe Sie auf die unglückliche Idee kamen, daß auch Deutschland durchaus seine Kolonien haben müsse.

Das deutsche Bürgerthum, diese Kraft, hat heute seine demokratischen Ideale von 1848 fallen lassen. Dieselben sind von den Arbeitern wieder aufgenommen worden, und es ist ein Glück für Deutschland, daß es noch diese Klasse giebt, welche noch Ideale hat. Man muß die Arbeiter gesehen haben, wie sie zu den Wahlen gehen, Regierung und besitzende Klassen gegen sich, oft mit hungrigen Magen, um für ihre Ideale einzutreten, und jeder ehrliche Deutsche, der noch Respekt vor der Mannhaftigkeit hat, wird diese Mannhaftigkeit der Ueberzeugung anerkennen müssen. Ich bin überzeugt, auf diesen Felsen wird sich die europäische Kultur retten. Dem jetzigen System stehen wir feindlich gegenüber, und wir werden dem dadurch Ausdruck geben, daß wir sagen: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatsminister v. Boetticher: Die eben gehörte Rede war dazu bestimmt, in der Arbeiterwelt vielleicht schon verloren gegebenes oder noch schwankendes Terrain wiederzugewinnen. (Sehr richtig! rechts.) Mit welchen Uebertreibungen der Vorredner seinen Vortrag gewürzt hat, geht aus den Eingangsworten hervor, wo gesagt wird, daß die Thronrede sich durch den Mangel an jeder Ueberraschung auszeichne; dieser Mangel zeuge von der Ungesundheit unserer politischen Zustände. (Heiterkeit rechts.) Ich sollte meinen, die gesundesten Zustände sind es, die nichts Ueberraschendes bieten und die Ungesundheit der Zustände geht gerade aus Ueberraschungen hervor. Charakteristisch ist es auch, daß der Vorredner sich weniger gegen die ausgesprochene Politik der Regierung gewendet hat, als vorwiegend gegen die Politik, wie er sie aus der sogenannten offiziösen Presse zu entnehmen glaubt. Diese offiziöse Presse beginnt nachgerade ein Mythus zu werden. (Heiterkeit.) Jeder stellt sich unter derselben etwas anderes vor. Der einzige feste Punkt bei dieser Betrachtung scheint nur der zu sein, daß jeder für offiziös hält, was gerade seinen Anschauungen zuwiderläuft. (Heiterkeit rechts.) Aus der offiziösen Presse Argumente zu entnehmen, ist außerordentlich unsicher. Ich kann nur empfehlen, wenn der Vorredner künftig ganz sicher gehen will, nur das zu glauben, was unmittelbar von den verbündeten Regierungen ausgeht oder das, was in dem offiziellen Theil des deutschen „Reichsanzeigers" steht. (Große Heiterkeit.) Daß die Ausgaben fortwährend steigen, würde nur dann das Gewicht eines Beweises haben, wenn zugleich nachgewiesen worden wäre, daß diese Ausgaben entweder irrationell, d. h. nicht zu vernünftigen Zwecken des Staatswesens verwendet werden, oder aber, daß sie das Maß der Leistungsfähigkeit überschreiten, die dem Deutschen Reich zugemuthet werden kann. Nach beiden Richtungen hat der Herr Vorredner den Beweis nicht geführt. Wie es zu machen sei, daß die verbündeten Regierungen die Ausgaben für die Zwecke der Landesvertheidigung verringern, hat uns der Herr Vorredner nicht gesagt. Er hat nur auf die Nothwendigkeit der allgemeinen Abrüstung hingewiesen. Nun, man kann ja vielleicht bezüglich dieser allgemeinen Abrüstung eine übereinstimmende Ansicht von der Nützlichkeit derselben unter den Militärmächten erzielen, aber eine Garantie, daß dieses Abkommen auch auf die Dauer gehalten werde, kann niemand übernehmen.

Wenn dann der Vorredner es bedauert hat, daß das Deutsche Reich nicht aus der Initiative von unten herauf, wie es 1848 gescheitert wäre, entstanden sei, sondern aufgrund eines Vertrages zwischen den verbündeten Regierungen von oben her, so meine ich doch, eine Parallele des Reiches, wie es 1848 zustande gekommen sein würde, und des 1871 zustande gekommenen kann nur zugunsten des letzteren ausfallen. — Der Herr Vorredner hat gemeint, unsere staatsmännische Weisheit bestände darin, Konflikte mit dem Auslande zu schaffen. Dem gegenüber muß ich sagen, daß, so lange Fürst Bismarck an der Spitze des Deutschen Reiches steht, niemals irgendwann, irgendwo und irgendwie die Aufgabe der deutschen Regierung darin gefunden worden ist. Wenn weiter der Vorredner verlangt, das Deutsche Reich solle nach außen würdiger auftreten, so muß ich sagen, daß, wenn ihm die Vertretung des Deutschen Reiches noch nicht würdig genug ist, er sehr anspruchsvoller Natur ist.

Die Steuerlast des Volkes beklage auch ich und würde gern weniger Steuern zahlen; aber das Klagen hilft nicht weiter. Wir untersuchen eben wie wir die Lasten des Volkes ermäßigen können. Die verbündeten Regierungen sind sich sehr wohl bewußt, daß man mit dem, was in der Gesetzgebung geschehen kann, nicht durchweg alle Uebelstände, die in der Vertheilung der Güter vorliegen, beseitigen kann; allein die Hand in den Schooß legen, dazu werden sich die verbündeten Regierungen nicht entschließen können. Der Vorredner meint, man müsse die sozialen Uebelstände fundamental anfassen. Hier stehe ich auf diametral entgegengesetztem Standpunkt. Wir sagen uns, wir müssen die einzelnen Uebelstände erwägen und nach Möglichkeit zur Beseitigung derselben beitragen. Mit allgemeinen durchgreifenden Reformen aber, noch dazu nach dem Grundsatz des sozialdemokratischen Programms, würden wir wenig Glück haben. Die Erfahrung lehrt uns im Gegentheil, daß wir bereits auf dem von uns eingeschlagenen Wege viel erreicht haben. Es ist eine positive Täuschung, wenn man die Erfolge unserer sozialpolitischen Gesetzgebung zu niedrig veranschlägt. Heute liegt die Sache so, daß der größte Theil der Arbeiterwelt gegen die Folgen der Krankheit gesichert ist. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich behaupte weiter: heute ist bei der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Arbeiter ein Unglücksfall nicht von so schwerwiegender Folge wie früher. Heute ist für ihn gesorgt. Es ist nicht richtig, daß in einer früheren Denkschrift von seiten der verbündeten Regierungen die Sozialreform ausdrücklich als eine verbesserte Armenpflege bezeichnet ist. (Abg. Bebel: Denkschrift von 1881.) Was in der Denkschrift, die ich nicht zur Stelle habe, steht, ist das: wenn diese Reform eintritt, wird damit eine weit bessere Armenpflege als die bisherige gegeben sein. (Abg. Bebel: Nein.) Die Gründe für die Betheiligung des Reiches sind gerade darin gefunden worden, daß die Nothwendigkeit der Armenpflege zum großen Theil aus der Welt geschafft wird. Ich kann es Ihnen vom Parteistandpunkt aus ja nicht verdenken, wenn Sie die verbündeten Regierungen darauf festzunageln suchen, allein thatsächlich zutreffend ist dieser Ausdruck doch nicht. (Abg. Bebel: „Doch!") Dann brauche ich nur darauf hinzuweisen, was jetzt für die Armenpflege geleistet wird. Nach unserer Armenstatistik beträgt die Unterstützung pro Kopf 55 M., und das ist ein Minimum gegenüber denjenigen Leistungen, die jetzt zugunsten der Verunglückten und Bedrängten und demnächst der alt und invalid Gewordenen in Aussicht genommen sind. Mit diesem Vergleich kommen Sie nicht weiter. Es ist schon um deswillen keine Armenpflege, weil der Arbeiter zu diesen Leistungen selber herangezogen wird, weil er durch eigene Sparsamkeit den Fonds ansammelt, der später für seine alten Tage Subsistenzmittel gewährt. Es ist nicht klug und weise, dem Arbeiter vorzureden, daß es sich hier um bloße Armenpflege handelt, das ist sozialdemokratisch, aber nicht politisch! (Beifall rechts.) Auch die Behauptung von der Verarmung des Landes ist unrichtig, namentlich in einer Zeit, wo die geschäftliche Arbeit einen neuen Aufschwung erfahren hat, und die Löhne wieder im Steigen sind. Wenn der Vorredner auf die idyllischen Zustände Frankreichs hinwies, so bin ich glücklicherweise in der Lage, Ihnen aus einer mir eben zugegangenen Notiz die Mittheilung machen zu können, daß in Frankreich im Durchschnitt an Zöllen und Steuern pro Kopf der Bevölkerung 62 M. gezahlt werden, während hier in Preußen blos 42 M. gezahlt werden. Ebenso ist auch der Hinweis auf das politisch glückliche Frankreich verunglückt. (Lärm rechts.) Wir wollen Gott danken, daß wir in dieser Beziehung keine Franzosen sind. (Sehr richtig rechts.) Wenn der Vorredner zum Schluß gesragt hat, ob das in dieser Weise weitergehen soll, so erwidere ich: Da, wo unsere Politik, unsere Gesetze und unsere Verwaltung auf einer festen Grundlage beruhen, soweit sie gute und friedliche Ziele im Auge haben, soll sie weiter gehen; wo wir aber eine Korrektur für erforderlich halten, nicht. (Beifall rechts.) Wenn der Vorredner unsere Politik als eine Verhetzung bezeichnet, gebe ich ihm und seinen Freunden, namentlich aber seiner Presse das Wort voll und ganz zurück. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Verhetzung, wie sie in der sozialdemokratischen Presse geübt wird, ist mir nirgends vorgekommen. Die Sorge der verbündeten Regierungen ist gerichtet auf die Förderung des wirthschaftlichen Wohles der Nation. Können wir uns dabei der Beihilfe der sozialdemokratischen Partei versichern, namentlich in der Richtung der sozialpolitischen Gesetze, so würden wir das dankbar annehmen und würden uns freuen, wenn etwas von Ihnen beigetragen wird. So lange Sie das nicht können und nicht wollen, lassen Sie mich vorläufig in dem Glauben, daß unsere Politik die richtigere ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf Behr (Rp.): Der Abg. Richter hat u. a. auch die Staatseisenbahnverwaltung angegriffen und für ganz unhaltig erklärt. Mit einer derartigen unfruchtbaren Kritik werden Sie nicht weiter kommen; das haben Sie jetzt bei den Wahlen gesehen. Der Wagenmangel, wie er sich momentan herausgestellt hat, würde sich unter den früheren Verhältnissen noch weit empfindlicher bemerkbar gemacht haben. Dem Abg. Liebknecht gegenüber, der uns hier das Ausland rühmend vorgehalten hat, glaube ich, wir lassen uns dadurch in der Treue gegen unser deutsches Vaterland nicht irre machen, wir werden auch trotz seiner Abmahnungen auf dem Wege der Sozialreform fortschreiten. Seine Bezugnahme auf die englischen Kornzölle trifft nicht zu, England hat so lange Kornzölle gehabt, als es nur annähernd seinen Bedarf im Inlande decken konnte. Jetzt bezieht es 70 Proz. aus dem Auslande, das sind doch ganz andere Verhältnisse als bei uns. Den Etat selbst kann ich nicht für einen günstigen halten. Wir sind jetzt an der Grenze der Besteuerungsfähigkeit, neue Zölle und Steuern können wir nicht einführen, wir haben also die größte Veranlassung zur Sparsamkeit. Dabei wächst aber der Etat von Jahr zu Jahr, und wir haben schon über eine Milliarde Schulden. Wo soll das auf die Dauer hinauskommen? Wir müssen entweder abzahlen oder keine neue Schulden mehr machen. Aufgabe der Kommission wird es sein, zu prüfen, wo wir etwa Abstriche machen können. Ich rechne hierzu auch die auf die Marine bezüglichen Fragen. Man scheint von dem ursprünglichen Plane, nur die Küstenvertheidigung zu sichern, abweichen zu wollen. Wenn die jetzigen Forderungen nur der Anfang sein sollen zu einer Schlachtflotte, so würde das wohl manche Bedenken erregen, zumal da noch garnicht abzusehen ist, ob die Schiffe in der kurzen Zeit auf deutschen Werften gebaut werden können. (Sehr richtig! rechts.) Betreffs der Kreuzer und der Kolonien kann ich allerdings die Bedürfnisse des Abg. Richter nicht theilen. Der Herr Reichskanzler hat es positiv ausgesprochen, daß es sich nur darum handeln könne, die deutschen Unternehmungen durch unsere Flotte zu halten, nicht kriegerische Verwickelungen herbeizuführen. — Wir haben also die größte Sparsamkeit walten zu lassen; das Nothwendige aber können wir bewilligen und werden wir bewilligen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr v. Bennigsen (nl.): Der Abg. Liebknecht hat heute in einem längeren Vortrage, der sich über die große und kleine Politik, über das Ausland und das Inland, über den Charakter, die politischen Kämpfe bei fremden Nationen und in unserm eigenen Lande, über die wirthschaftlichen Zustände in Deutschland ausführlich verbreitet, eine ganze Reihe von Behauptungen aufgestellt, Vergleiche vorgenommen, die auch nach der Rede des Staatssekretärs wohl noch zu manchen Erwiderungen auffordern werden. In der späten Stunde aber wage ich es doch nicht, Sie eingehend damit zu belästigen. Ich möchte nur einiges aus diesem Vortrage, was mir besonders charakteristisch erschienen ist, und worin auch wohl der eigentliche Zweck der Rede enthalten war, nochmals mit wenigen Worten beleuchten. Der Staatssekretär hat mit Recht darauf hingewiesen, daß, was ich übrigens Herrn Liebknecht garnicht verdenke, er als Mitglied einer kleinen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18881130020/fragment/page=0001

Partei im Reichstage, ohne entscheidenden Einfluß auf dessen Entschließungen, weniger für diese Versammlung, als nach außen hin — ich füge hinzu — agitatorisch zu reden versucht hat, auf seine Gesinnungsgenossen zu wirken, weitere Anwerbungen für die sozialdemokratische Partei damit herbeizuführen und den vorhandenen Stamm der Sozialdemokratie unter Leitung der jetzigen Führer in Deutschland zusammenzuhalten. Dazu war es natürlich nothwendig, die Zustände in Deutschland so schwarz wie möglich zu malen, die verbündeten Regierungen in ihrer reaktionären Haltung und den Reichstag in der Unterstützung dieser Politik, sowie den Niedergang der wirthschaftlichen Entwickelung und den Druck, der vor allem auf den arbeitenden Klassen ruht, hervorzuheben. Daneben wurde hervorgehoben, wie viel herrlicher das alles sein würde, wenn die Entwickelung demokratisch-revolutionär, von unten aus das Deutsche Reich gestaltet hätte, ihm die so viel gepriesene Stellung nach außen verschafft und diese freiheitliche, großartige, soziale Entwickelung in Deutschland ermöglicht hätte. Eins hat dabei aber Hr. Abg. Liebknecht vergessen: eine solche Entwickelung haben wir schon einmal vor etwa 100 Jahren in einem Nachbarlande gehabt. Da wurden die politischen Zustände auf revolutionär-demokratischer Basis gründlich umgestaltet. Was war die Folge? Ruhe im Innern, eine friedliebende Politik nach Außen? Keineswegs, sondern fortgesetzte Revolution und gewaltsame Umwälzung mit Hinrichtungen und Druck durch diese Jahre hindurch im Innern und eine kriegerische Propaganda, welche die französischen Fahnen mehr als 20 Jahre durch ganz Europa getragen hat, nicht etwa unter dem Kaiser Napoleon, nein, unter der demokratischen Republik, wo für die Verbreitung revolutionärer Grundsätze die Rheinlande, die Schweiz, Italien besetzt, erobert und festgehalten wurden für Frankreich. Sehr verführerisch würde diese Entwickelung wohl nicht erscheinen. Und wenn jemals ein Land — von Deutschland will ich garnicht reden — es erleben sollte, daß die Sozialdemokratie sich der Herrschaft in demselben bemächtigte, ja schon aus dem Gefühl der Selbsterhaltung würde die nothwendige Folge sein, daß, ebenso wie damals die französische Demokratie, Sie die Fahnen der revolutionären sozialdemokratischen Propaganda durch die ganze Welt würden tragen müssen. Denn nur wenn die ganze Welt dieser zunächst in einem Lande ausgerichteten Sozialdemokratie unterworfen werden würde, dann würde überhaupt die Möglichkeit und Aussicht einer Aufrechterhaltung solcher Zustände auch nur in einem einzigen Lande gegeben sein. Auf diese Dinge will ich nicht näher eingehen.

Nun, wo alles unter dem entsetzlichen Drucke einer solchen gewaltigen Reaktion dargestellt ist, unter einer kriegerischen Politik oder wenigstens einer ganz unvernünftigen Waffenrüstung, haben wir es zu erlebt, daß 18 Jahre der Frieden erhalten ist. Mehr hätte doch eine sozialdemokratische Regierung in Deutschland auch nicht erreichen können. (Zurufe bei den Sozialdemokraten, Vicepräsident Dr Buhl bittet, den Redner nicht zu unterbrechen). Der geehrte Herr, welcher mich unterbrach, meint, sie hätte das Volk nicht zugrunde gerichtet, das ist eben die Auffassung des sonderbaren Schwärmers, daß das Volk zugrunde gerichtet sei durch die gesteigerte Anspannung unserer Wehrkraft. Hierdurch ist unser Volk noch nicht zugrunde gerichtet. Zu diesen Anspannungen sind wir aufgefordert durch den Drang anderer Mächte. Der Staatssekretär hat aus der Vergleichung der Steuerzahlen bei uns und in Frankreich dargelegt, daß der finanzielle Druck trotz dieser außerordentlich gesteigerten militärischen Rüstungen in Deutschland verhältnißmäßig sehr wohl zu ertragen ist. Der Wohlstand entwickelt sich namentlich in den letzten Jahren in einer ganz ungewöhnlichen Weise; Handel, Schiffahrt und Industrie blühen, so wie es noch vor wenigen Jahren kaum gehofft werden konnte, und wenn irgend etwas unserer weisen Politik von Kaiser und Kanzler es ermöglicht hat, 18 Jahre den Frieden zu erhalten, dann war es eben diese starke Waffenrüstung und die wesentlich auf dieselbe gestützte Möglichkeit so sicherer Bündnisse auch mit demjenigen, der 1866 besiegt ist und mit dem wir jetzt in einem einträchtigen Verhältnisse dieses centrale Bündniß in seiner Machtstellung für Mitteleuropa hergestellt haben. (Beifall.) Alle diese Dinge müssen ja so dargestellt werden, sie sollen so sein, es kann gar nicht anders erscheinen; denn wie wird denn sonst das Gesetz immer hinter den Führern herziehen können, das eben jede Hoffnung einer Besserung der jetzigen wirthschaftlichen Lage vererlieren muß. Nur wenn diesem jede Hoffnung einer einsthaften Besserung entgeht, dann wird es den verlockenden Worten der Führer weiter folgen können. Heute hat der Abg. Liebknecht, um dies zu erreichen, in einer doch recht auffallenden Weise von den sozialpolitischen Entwürfen, Gesetzen und Vorbereitungen der Reichsregierung und Reichsgesetzgebung ganz weguerlend als von lauter untergeordneten, nichtssagenden Dingen gesprochen und daneben hervorgehoben, wie es mir schien, als etwas ganz Leichtes und Einfaches, daß doch die wirkliche Sozialreform anstelle dieser nichtssagenden Dinge endlich unternommen werden sollte. Nun, das Programm ist uns heute nicht deutlich enthüllt, aber in den Worten ist doch auch gar nicht zurückgehalten. Es beruht im wesentlichen ja darauf, daß die ganzen Produktionsmittel, Grund und Boden, Gebäude, Instrumente, Maschinen, Betriebskapital, den Händen des Privateigenthums entnommen und auf die Gemeinschaft, sei es Staat, sei es Gesellschaft übertragen wird. Diese kleine Aenderung ist nur erforderlich, damit diese soziale Reform oder Umgestaltung durchgeführt wird. Ja, dem gegenüber — das muß ich anerkennen — scheint alles das, was bislang in Deutschland geschehen ist, einschließlich auch der jetzt vorgelegten Alters- und Invalidenversorgung, als etwas Geringes. Das ist vollständig richtig, denn diese Aenderung, die in dem eben von mir gekennzeichneten und von dem Herrn gewiß nicht bestrittenen Programm liegt, bedeutet weiter gar nichts als eine vollständige Umgestaltung nicht blos aller politischen, sondern aller gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Zustände, die Ersetzung der jetzigen wirthschaftlichen Produktion durch eine radikal andere. Nun ist doch eines allmälig in den Augen der großen Arbeitermassen immer deutlicher geworden, daß Umwälzungen so tiefgreifender Art politisch, sozial und wirthschaftlich sich nur vollziehen können in einem langen, entsetzlichen, hin- und herwogenden Kampfe. Ich will einmal annehmen, daß in irgend einem Lande die Sozialdemokratie nach einem langen Kampfe der Sieger bleiben würde, das ist doch zweifellos: durch ein Meer von Blut und Elend müßte die Generation waten, die einen solchen Kampf durchmacht. (Sehr richtig.) Wenn die besitzenden Klassen niedergeschlagen sind, dann ist doch die arbeitende Klasse derselben Generation auch elend und verloren, denn nach einem solchen Kampfe haben auch die Ueberlebenden in einem vollständig verwüsteten Lande und nach der Zerstörung des größten Theiles des Kapitals und Wohlstandes des Landes von neuem wieder anzufangen. (Sehr wahr!) Also mit einem Worte: wem etwas derartiges unternommen wird — hoffentlich sind die bürgerlichen Klassen stark genug, um solchen Kampf in Deutschland und in den anderen entscheidenden Kulturländern zurückzuweisen, und je besser ihr Gewissen ist in der Haltung gegenüber den arbeitenden Klassen und in der Fürsorge für dieselben, desto erfolgreicher werden sie auch von den mechanischen Mitteln Gebrauch machen können, die ihnen in der Vertheidigung gegen solche Angriffe zu Gebote stehen werden. Aber selbst wenn sie besiegt werden, wenn die Arbeiter in irgend einem Lande, also wie die Herren wollen, in Deutschland, ein volles sozialdemokratisches Regiment der gemeinsamen Produktion unter Vernichtung des Privateigenthums und der Produktivmittel aufrichten könnten — die eine Generation, auch die arbeitende Klasse, hat sich für die Zukunft geopfert; sie sind gewissermaßen diejenigen, die mit den von ihnen niedergeschlagenen Besitzenden erst in den Abgrund hineingesprungen sind. Dazu wird sich doch auch die große Masse der arbeitenden Bevölkerung nur dann entschließen können, derartige Tendenzen und aufregende Predigten werden nur dann vorhaltig einen Erfolg haben können, wenn eben die Lage dieser Klasse eine so verzweifelte ist, daß sie aus Fanatismus und Erbitterung ein so furchtbares Wagniß glaubt unternehmen zu sollen als gewissermaßen die einzige Rettung, die ihnen und ihren Angehörigen noch bleibt. Es ist gerade das Gefühl, das eben die Führer der revolutionären und sozialistischen Partei in den Massen aufrecht erhalten muß, und deshalb kann ihnen für ihre Zwecke nichts Verderblicheres geschehen, als eine wirklich weitgreifende Verbesserung der wirthschaftlichen und menschlichen Lage der arbeitenden Klasse (Sehr richtig!), und dafür in einer solchen Zeit tiefgehender sozialer Aufregung und drohender sozialer Umwälzung zu sorgen, das ist eben die Aufgabe, wie sie Deutschland ergriffen und auch schon gefördert hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Wunsch und die Bitte aussprechen, daß dieser Reichstag in den beiden Sessionen, die ihm noch bleiben, dazu die Hand bieten möge und den Erfolg möge verzeichnen können, daß die begonnene sozialpolitische Gesetzgebung zu einem gewissen bedeutenden Abschluß kommt. Dazu fehlt uns noch zweierlei: einmal die Verständigung über den jetzt vorgelegten Entwurf über die Alters- und Invalidenversorgung und zweitens die Verständigung über die noch ausstehenden nothwendigen Punkte der Arbeiterschutzgesetzgebung. Beide Sessionen werden, wie ich hoffe, dazu ausreichen, um auf diesen beiden wirthschaftlichen Gebieten zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag die Einheit in der Gesetzgebung herzustellen. Ist das geschehen, dann hat die Arbeiterwelt in demjenigen, was in der jetzigen Gesetzgebung für Krankheit und Unfall vorgesehen ist, etwas ganz bedeutend Weiteres noch, und der Eindruck wird sicher nicht ausbleiben, daß es der Gesetzgebung eines großen Staates gelungen ist, in einem weitgreifenden Zusammenhang für die hervortretenden Bedürfnisse der Arbeiter zu sorgen. Wenn die Arbeiterschutzgesetzgebung in der Hauptsache beschlossen ist, die Arbeiter-, Invaliden- und Altersversorgung ins Leben getreten ist, dann ist allerdings etwas ganz Bedeutendes weiter noch geschehen als jetzt mit der Kranken- und Unfallversicherung. Die Menschen sind ja nun einmal mehr oder weniger Sanguiniker; jeder glaubt, ihn und die Seinigen trifft die Krankheit nicht so schwer und ebenso ein Unfall, bis sie es erfahren müssen am eigenen Leibe. Dagegen die Sorge für das, was sein wird, wenn die Arbeitskräfte nachlassen und das, was im Alter aus dem Menschen werden soll, überkommt jeden, und wenn dafür also systematisch und organisch die Einrichtungen in Deutschland getroffen sind, dann ist nothwendig eine solche Gesetzgebung im Zusammenhang mit der anderen eine viel bedeutendere, moralischere und auch sachlichere. Gewiß hat die Thronrede darin recht: Es ist nicht die Aufgabe der Gesetzgebung und der menschlichen Thätigkeit überhaupt, alles Elend und alle Noth aus der Welt schaffen zu wollen. Das wäre ja ein unmögliches Beginnen. Der Mensch ist einmal nicht zur Freude und zum Genuß allein auf diese Welt gesetzt. Es ist auch eine Thorheit, obwohl es in den großen Massen sehr verbreitet wird, daß das Elend nur in den großen arbeitenden unteren Schichten vorhanden sei. Nein, Sorge und Elend, selbst schweres Elend findet sich auch in den mittleren und oberen Schichten; ja wie weit es auch die höchsten Regionen ergreifen kann, das haben wir in herzerschütternder Weise in diesem Jahre in Deutschland erlebt. Wenn so, wie ich es hoffe, daß es gelingen wird, in den nächsten Jahren die bürgerliche Gesellschaft durch ihre Gesetzgebung, und ich füge hinzu, wie ich hoffe, auch durch ihr menschliches Verhalten in dem Verkehr und in dem gemeinsamen Arbeiten mit den unteren Schichten der Bevölkerung erfolgreich thätig gewesen sein wird, dann wird nach und nach es möglich sein, die Wurzeln zu untergraben dieser revolutionären und demagogischen Thätigkeit, der sozialdemokratischen Propaganda in Europa und in Deutschland. Die Möglichkeit und die Hoffnung dazu ist noch keineswegs abgeschnitten, unsere Zustände sind im ganzen noch gesund genug, und in demjenigen Lande, in dem die jetzige Produktionsweise, der Industrialismus sich am stärksten, am frischesten und am weitesten entwickelt hat, in England, ist auch noch keineswegs der Einfluß der internationalen sozialdemokratischen Aktion derartig bei den Arbeitern, daß nicht die arbeitenden Klassen dort Verbesserungen im einzelnen ihrer Lage noch den Vorzug geben sollten vor dem Ausmalen der großen herrlichen Dinge, die eine allgemeine gewaltige Umwälzung der Verhältnisse ihnen verschaffen sollte. Noch kürzlich wieder hat die internationale revolutionäre Propaganda in England vergeblich gesucht, die Leiter der englischen Arbeitermassen und die englischen Arbeitermassen in ihre allgemeine internationale Bewegung, die weiter nichts als eine große Revolution aller Zustände ins Auge faßt, hineinzuziehen. Wird die Sache da gehalten, zunächst durch die große praktische Einsicht in den Kreisen der Arbeiter und ihrer Führer selbst, dann in Deutschland durch diese glänzende Initiative der Reichsgesetzgebung, dann ist es doch eine Möglichkeit, daß von diesem festen Punkte aus eines gesicherten Zustandes der industriellen Verhältnisse der Ansturm auch für unsere Nachkommen aufgehalten werden wird, den ja fortgesetzt die fanatischen Führer und die fanatisirten Massen der Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht unterlassen werden.

Nun, soviel für heute zu diesen Ausführungen des Herrn Liebknecht, — auf die Dinge wird man noch oft zurückkommen, speziell auch in dieser Session an der Hand der Vorlagen, die uns gemacht sind. Ich gehe nun über, wie es meine Pflicht, zu dem Etat, der uns vorliegt für das nächste Jahr. Denn Herrn Schatzsekretär kann der Reichstag gewiß anerkennend aussprechen, daß die Wünsche, die im vorigen Jahre wegen einer größeren Vereinfachung und Klarlegung des Etats der Reichstag ausgesprochen hat, wenn nicht ganz, so doch im wesentlichen erfüllt sind. Ganz konsequent ist das, was der Reichstag in seiner Resolution niederlegte, wie der Herr Schatzsekretär anerkennt, noch nicht ausgeführt; es wird, wie ich annehme, besser Aufgabe der Kommission als jetzt der Generaldiskussion sein, zu prüfen, ob man darin nicht noch etwas weiter gehen kann. Ich will nur vorläufig meine Meinung aussprechen, es würde sehr wohl möglich gewesen sein, auch die Einnahmen und Ausgaben des Invalidenfonds in den außerordentlichen Etat zu stellen. Entscheidend scheint zu sein, daß die laufenden Einnahmen die Mittel nicht bieten für die Ausgaben, und nicht entscheidend scheint mir zu sein, daß es sich hier um fortdauernde Ausgaben handelt.

Dann hat der Herr Schatzsekretär mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der Abschluß, so zu sagen, die Uebersicht in dem Ganzen dadurch eigentlich immer noch einen erheblichen Mangel hat, daß das Verhältniß der Ueberweisungen und der Matrikularbeiträge gewissermaßen diese Dinge zweimal in den Zahlen erscheinen läßt. Ich will das hier in diesem Augenblick nicht weiter ausführen; es handelt sich um mehr als 200 Millionen, um die das Gesammtbild eigentlich mehr erscheint, als es wirklich ist. Und auch hier wäre wohl zu überlegen — ich verzichte darauf, es hier im Augenblick auszuführen — ob der Ausschuß es nicht für möglich findet, unter Aufrechterhaltung des Rechtszustandes — daran darf natürlich, so lange das Gesetz besteht, nichts geändert werden, und das soll auch zum Ausdruck kommen im Etat — es wäre wohl zu überlegen, was allein das Kennzeichnende ist und das über sich Gewährende, die Differenz in der Linie erkennen zu lassen zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen, sei es nun mehr oder weniger auf der einen oder der anderen Seite. Darauf gehe ich zur Zeit nicht ein. Dann hat der Herr Schatzsekretär und auch heute wieder der Herr Graf Behr eine Frage berührt, von der ich doch bitten möchte, daß der Reichstag sich an den Gedanken gewöhnt, ihr etwas näher zu treten: Das ist die Frage, ob nicht angesichts des immer mehr anschwellenden Betrages der Reichsschulden doch endlich mal mit einer regelmäßigen Tilgung oder mit irgend einer anderen Form einem zu starken Anschwellen entgegenzutreten begonnen werden muß. Es ist schon mit Recht darauf aufmerksam gemacht — die Zahlen geben es ja an die Hand — 37,405,000 M. stehen als Zinsen der Reichsschuld eingetragen für das Etatsjahr 1889/90, mit anderen Worten ausgedrückt: im Laufe dieses Etatsjahres erreichen und überschreiten wir bei unserer Reichsschuld den Betrag einer Milliarde, sage einer Milliarde Mark. Das ist ja nun immerhin noch keine geradezu erschreckende Summe, auch selbst, wenn man ihr in Gedanken hinzuzählt diejenigen Schulden, welche die einzelnen deutschen Staaten für sich noch haben, wenn man solche Staatsschulden vergleicht mit denen anderer Länder und bei den Einzelstaaten das bedeutende werbende Vermögen, was in Domänen, Forsten und Eisenbahnen diesen Schulden gegenübersteht. Aber zweifellos ist doch eine Summe einer Milliarde sehr geeignet, zum Nachdenken aufzufordern, wenn wir eben in diesem Etat wie in dem vorigen und auch in dem nächsten — es ist uns der schon angekündigt — noch ganz stark mit weiteren Anleihen vorgehen. Der Betrag, der in diesen Etat 1889/90 für weitere Anleihen eingestellt ist, ist ja allerdings lange nicht so groß, wie der im laufenden; aber er beträgt doch immer die Summe von 73½ Millionen. Nun weiß ich sehr wohl, daß die Frage der Tilgung der Reichsschulden schon vom technischen Standpunkt allerlei Schwierigkeiten hat. Wir können schwerlich auf die Form von Schuldtiteln im Reich zurückgehen, in denen Auslosungen nach einem bestimmten Prozentsatz mit 1, 1½ und 2 Proz. von vornherein als Verpflichtung übernommen sind. Denn diese Titel würden viel weniger beliebt sein als die konsolidirten Schulden, die nicht ausgelost werden — die Gründe liegen ja auf der Hand. Auf der anderen Seite würde ein in den Etat aufzunehmender regelmäßiger Tilgungsfonds hinsichtlich seiner Verwendung auf eine gewisse technische Schwierigkeit stoßen in solchen wirthschaftlich aufsteigenden Zeiten, wo wir bei uns die Reichsschulden, auch die zu 3½ Proz. verzinslichen, weit über Pari stehen. Finanziell zweckmäßig wird es ja nur da sein, wo man nicht auslost, sondern die Titel an der Börse aufkauft, sie nur anzukaufen, wenn sie unter Pari stehen oder zu Pari oder doch wenigstens nicht zu viel darüber. Jetzt stehen ja die 3½prozentigen Titel mehrere Prozent und die 4prozentigen 7—8 Proz. über Pari; das würde also auch im Moment nicht ausführbar sein. Es giebt ja aber immer noch andere Formen, über die man sich im Ausschuß nähere Ueberlegung wird vorbehalten müssen. Vor allen Dingen ist es aber möglich, daß man die neu zu machenden Anleihen einschränkt, daß man also weniger in den einzelnen Jahren anleiht und mehr aus den laufenden Mitteln des Reichs bestreitet. Das ist das, was jedenfalls technisch leichter ausführbar ist, zugleich etwas, was auch im einzelnen Jahre vorgenommen, in künftigen Jahren wieder verlassen oder eingeschränkt werden kann, während gesetzliche Verpflichtungen bei Anleihen nicht blos die Gegenwart, sondern auch die Zukunft engagiren und günstige, minder günstige und ganz ungünstige Finanzzustände, die letzteren unter Umständen bedenklich, belasten können. Ich möchte also bitten, daß mindestens, wenn man im übrigen von einer dauernd organischen Tilgungseinrichtung, wie ich nach den Worten des Schatzsekretärs annehmen muß, augenblicklich noch sehr zurückhält — die Worte waren, wenn auch nicht vollständig ablehnend, so doch zurückhaltend oder gar abwehrend — ich möchte bitten, daß im Ausschuß die Frage genau überlegt wird, ob es nicht gerathen ist, in diesem Jahre zunächst und ähnlich auch in kommenden Jahren, die nicht minder günstig finanziell sich gestaltet haben, einen geringeren Betrag, etwa eine um 10 bis 15 Mill. geringere Summe in den Anleiheposten des Etats aufzunehmen. Dazu haben wir auch aus der ganzen Gestalt des Etats immerhin eine ausreichende Veranlassung. Ungünstig ist der Etat sicher nicht zu nennen, wenn man ihn auch vielleicht nicht ganz so günstig auffassen sollte wie der Schatzsekretär. Er ist namentlich insofern günstiger und muß es auch sein, als in den Vorjahren, weil im nächsten Jahre die Erträgnisse der reformirten Zuckersteuer zur vollen Geltung kommen; er ist auch insofern günstiger, weil im nächsten und in den kommenden Jahren die Fehlbeträge, welche infolge der Zuckersteuer in der bisherigen Art regelmäßig erschienen, im nächsten schon geringer sein und in den folgenden Jahren ganz in Wegfall kommen werden. Die Reformirung der Branntwein- und Zuckersteuer hat auch zur Folge gehabt, daß das Plus an Ueberweisungen, gegengerechnet gegen die Matrikularbeiträge, in den letzten Jahren ganz bedeutend zugenommen hat. Es ist in den Etats, die kann man allein vergleichen, weil über das laufende Jahr — vom nächsten gar nicht zu reden — die Abschlüsse nicht vorliegen —, es ist, wenn man die Etats vergleicht des vorigen Jahres, des laufenden und des vorgelegten Etats, der Sprung in den Ueberschüssen der Auszahlung an Zöllen ꝛc. an die Einzelstaaten gegenüber den von ihnen zu erhebenden Matrikularbeiträgen, von dem vorigen zu diesem Jahre von 85 Millionen zugunsten der Einzelstaaten, und von diesem Jahre zu dem jetzt uns vorgelegten Etat etwas über 13 Millionen zugunsten der Einzelstaaten. Wenn man also das vorige Jahr vergleicht mit dem jetzt uns vorgelegten Etat 1889/90, so haben sich die Einzelstaaten im Verhältniß zum Reich durch diese Plusdifferenz der Ueberweisungen gegenüber den Matrikularbeiträgen um rund 100 Millionen, genau 98½ Mill. verbessert. Das sind ja ganz außerordentlich günstige Verhältnisse für die Einzelstaaten, die es wohl erträglich erscheinen lassen, daß man im Reiche, woher diese Mehreinnahmen durch die neue Branntweinsteuer und die reformirte Zuckersteuer kommen, eine etwas solidere Verwaltung in den vorhandenen und wechselnden Reichsschulden eintreten läßt und darauf Rücksicht nimmt, daß nicht in Zukunft in solcher Weise, wie in den letzten Jahren, diese Schulden anwachsen. Hat man sich in zwei Jahren, seit dem vorigen bis zum nächsten, um beinahe 100 Millionen verbessert im Verhältniß der Einzelstaaten zum Reiche, so wird es sehr wohl erträglich sein, daß von diesen 100 Millionen 10 bis 15 Millionen bei dem Reiche für die Schuldentilgung in zweckmäßiger Gestalt festgehalten werden. Ich möchte wünschen, daß umsomehr in diesem Jahre dieser Fall ernsthaft in Erwägung gezogen wird, weil wir ja keineswegs wissen, wie nach einigen Jahren das Verhältniß überhaupt sich gestalten wird. Da ist es meiner Meinung nach vorsorglich nach zwei Seiten, daß man von dem Ueberflusse augenblicklich im Reiche etwas mehr zurückhält, einmal in der Art, daß man für die kommenden Jahre, wo durch das Hinzutreten der Verpflichtung aus der Alters- und Invalidenversorgung die Finanzen des Reiches wieder stärker belastet werden, durch das nicht zu starke Anschwellen der Reichsschulden eine gewisse Erleichterung eintreten läßt. Das würde ja zur Folge haben, wenn es gelingt, im Laufe der Jahre an eine ernsthafte Tilgung zu gehen, daß die nächste Generation, die, wie nach dem jetzt vorgelegten Entwurf sich ergiebt — es sind das einige 70 Millionen, ich habe die Entwürfe nicht zur Hand, — die demnächst aber, wenn der Beharrungszustand erreicht ist, die wirkliche jährliche Belastung für das Reich auszumachen werden aus der Alters- und Invalidenversorgung, wenn es möglich sein sollte, bis dahin unsere bisherigen Reichsschulden so herabzumindern oder ihr Anwachsen so verringert zu haben, daß nicht neben dieser großen demnächst für unsere Nachkommen hinzukommenden Belastung die Zinsenlast eine drückende oder vielleicht unter Umständen eine schwer erschwingbare sein wird. Auf der anderen Seite halte ich es auch für ganz glücklich in den Einzelstaaten, daß diejenigen Beträge — ich wünschte selbst, daß sie möglichst groß sein können —, weil in manchen Staaten das Bedürfniß für zurückgestellte Ausgaben immerhin noch ein ganz gewaltiges ist, ich halte es aber für die Finanzverwaltung und für die Bedürfnisse in den Landtagen der einzelnen Staaten für gerathen, daß nicht so sprungweise und so wechselnd die Summen, die ihnen vom Reiche im Plus der Ueberweisung über die Matrikularbeiträge zur Verfügung gestellt werden, so wechselnd sich gestalten (sehr gut!) daß sie, wenn auch, wie ich hoffe, immer mehr die Ueberweisungen haben werden, diese sich innerhalb gewisser Grenzen halten, nach denen man sich einrichten kann und daß man nicht in einzelnen Jahren mit sehr großen, in anderen Jahren mit verhältnißmäßig kleinen Summen zu thun hat, das eine geordnete Finanzwirthschaft außerordentlich erschwert. Ich will das in diesem Augenblick nicht weiter ausführen, es wäre das vielleicht zu viel gewesen in der Generaldiskussion. Aber das werden Sie sehen, daß einmal diese Frage an der Hand der Zahl der Milliarden eine sehr wichtige ist, die unserer Finanzverwaltung sehr wohl gestattet, auf dieselbe einzugehen, wenigstens jetzt und in der nächsten Zeit, daß die Möglichkeit vollkommen gegeben ist, damit nützliche Wirkungen bei uns in den Einzelstaaten hervorzurufen.

Nun könnte man auf eine Reihe Einzelheiten im Etat sonst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18881130020/fragment/page=0002

noch eingehen, ich will in der Hinsicht nur zwei Punkte hervorheben, dazu werde ich aufgefordert durch die politischen Freunde. Der eine betrifft die Branntweinsteuer. Der Herr Abgeordnete Richter hat schon hervorgehoben, welch schweren Druck sie auf die konsumirende Bevölkerung hervorbringt und wie namentlich die kleinen Brennereien vorzugsweise hart betroffen werden durch diese. Nun will ich im Vorübergehen nur sagen, wenn man so bedeutende Mehrmittel im Reiche nöthig hat, und das hat ja auch der Herr Abgeordnete Engen Richter und die Fortschrittspartei anerkannt, denn sie haben ja selbst die ganze Militärbewilligung mitgemacht, die so große Summen mehr erfordert. (20 Millionen! links. Der sechste Theil!) Nun, sie haben für die Militärforderungen in den letzten Jahren die großen Summen bewilligt; überhaupt die meisten Ausgaben, welche in den letzten Jahren gemacht sind, sind entweder von Ihnen mit oder von der großen Mehrheit des Reichstages beschlossen, da war es nun nicht anders möglich, und es ist in früheren Jahren auch von Ihrer Partei unumwunden anerkannt worden, daß der Branntwein ein Artikel wäre, der eine höhere Steuer vertrüge. (Zustimmung.) Schön! Nachdem nun in gewisser Form das vorgelegt und berathen worden, ist es von dieser Seite des Hauses abgelehnt worden. Ich will in diesem Zusammenhange nur das Eine sagen, wenn man damals, wie ich glaube, mit sehr starker Uebertreibung wiederholt hervorgehoben hat, nicht blos hier im Parlament, sondern namentlich auch auswärts, daß durch die Art der Abschließung der Branntweinsteuer den Gutsbesitzern des Ostens ein ganz unverhältnißmäßiger Vortheil zugeführt worden sei, so ist das in der Art, wie sich später die Steuer praktisch entwickelt und gemacht hat, durchaus nicht eingetreten. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß nicht, wo das sein soll; nachweisbar wird das für Herrn Richter und seine Freunde nicht sein. Nach allem, was ich darüber gehört habe, ist vielleicht, von einigen Rieselbrennereien mit den allervorgeschrittensten Betrieben abgesehen, trotz der Steuer, von der diese Seite (links) so viel befürchtet und jene Seite (rechts) manches gehofft hat, eine derartige Folge als unerhörte Begünstigung der Brennereien der Gutsbesitzer nicht eingetreten. Im Gegentheil, die Lage der Brennereien, gerade dieser großen, ist zum Theil jetzt eine reichlich ebenso schwierige wie vorher. (Sehr richtig! rechts.) Nun, was die andere Seite anlangt, die kleinen Brennereien, so ist mir gesagt worden, daß in Süddeutschland, insbesondere in Baden, 26,000 solche kleine Brennereien bestehen, die aus verschiedenen Obstsorten und aus Trestern von Obst und von Trauben Branntwein brennen, in Würtemberg ebenso 13,000 — die Zahlen sind mir heute genannt worden, von Gloß-Lothringen kenne ich die Zahlen nicht, jedenfalls sind das zusammen ungefähr 40,000 kleinere, höchstens mittlere Brennereien. Dann ist mir versichert worden — und das Material soll der Budgetkommission im einzelnen noch näher zur Verfügung gestellt werden, daß die Art der Ausbeute aus diesem Rohmaterial, wie dieselbe bezeichnet ist, vom Bundesrath, der dazu ermächtigt war, nicht richtig geschätzt sei, vielfach zu hoch gegriffen sei und dadurch ganz außerordentliche Beschwerden und erhebliche Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Wenn es sich nun hier um eine so große Zahl von kleineren, höchstens mittleren Brennereien handelt in ganzen Landschaften, und wenn bei näherer Untersuchung sich das als Wahrheit erweisen sollte, daß dieses Ausbeutungsverhältniß unrichtig gegriffen ist, dann wird um so mehr die Kommission und später der Reichstag gut thun, darauf hinzuwirken, daß diese Bestimmungen, die vom Bundesrath übrigens auch nur provisorisch, bis auf weiteres erlassen sind, abgeändert werden, wozu ja auch alle Möglichkeit vorhanden ist. Dann ist mir von einem Freunde aus Norddeutschland gesagt, daß in sehr weiten handelnden Kreisen eine sehr große, und wie mir versichert wurde, begründete Beschwerde darin gefunden ist, daß das amtliche Waarenverzeichniß, wie es von Zeit zu Zeit, also zuletzt im Juni d. J., vom Bundesrath festgestellt ist, in der Art der Eintheilung der einzelnen Waaren, auch solcher, die jetzt eine große Bedeutung gewonnen haben, in Bezug auf die einzelnen Nummern und damit die einzelnen Zollsätze Abweichungen enthielten, nach der Auffassung der Beschwerdeführer von dem Gesetze oder doch sehr große Härten und Unbilligkeiten, es wird also dringend zu wünschen, daß diese Frage sehr eingehend geprüft wird, weil das die Handelswelt natürlich in großem Maße und sehr stark betrifft. Und wenn da etwa wirklich eine falsche Auslegung des Gesetzes untergelaufen wäre oder eine unbillige und unmöthige Härte, so wird der Ausschuß und der Reichstag gewiß gern bereit sein, Abhülfe zu schaffen, wenigstens solche bei den verbündeten Regierungen dringend zu beantragen.

Eine weitere in der Frage von dieser Seite erhobene Beschwerde soll auch darin liegen — das scheint mir an und für sich betrachtet, auch sehr begründet und insofern abweichend von der ausdrücklichen Vorschrift des Zollvereinsgesetzes von 1869 — daß nicht acht Wochen vorher dieses Verzeichniß publizirt war, sondern wie es im Frühjahr, jetzt im Juni geschehen — wenige Wochen vor dem Inkrafttreten. In der ersten oder zweiten Woche des Juni ist die Publikation erfolgt, geltend für den 1. Juli, während das hätte ebenso noch früher, im Mai, erfolgen sollen.

Nun ist mir in Aussicht gestellt, daß das Material der Kommission noch unterbreitet werden soll.

Nun das Schwergewicht der ganzen Berathung des Etats liegt diesmal im Marineetat. Er wird ja selbstverständlich mit anderen wichtigen Theilen des Etats an die Budgetkommission vom Reichstage überwiesen werden müssen. Ein Antrag liegt übrigens schon vor, daß dieser mit anderen Titeln, welche eine sorgfältige Prüfung erfordern, an die Budgetkommission zunächst gehen soll, von verschiedenen Parteien aus gestellt.

Diese Frage enthält, wie Herr Richter ganz richtig hervorgehoben hat, finanziell noch keine so große Summe für den Etat 1889/90. Da ist allerdings der Betrag für neue Schiffsbauten von 10,5 Mill. nicht viel mehr, als er das letztemal schon gewesen ist. Dagegen aber steigt diese Summe schon in den nächsten beiden Jahren über 30 Millionen und fällt dann etwas herunter, im Durchschnitt in den nächsten 6 Jahren über 20 Millionen. Das ist also eine sehr große Belastung unseres Etats, es ist aber auch eine solche wesentliche Veränderung der ganzen Einrichtung in unserer Marine und in der Beschaffung der Schiffe. Ich will gar nicht bestreiten, daß, wie in der Denkschrift im Eingange gesagt ist, die Denkschrift des Jahres 1887/88 darauf hinweist, wie weit die Marine anderer Staaten, auch Staaten zweiten Ranges, in der Beschaffung großer gepanzerter und schnellfahrender Schiffe unserer Marine überflügelt habe. Gewiß ist in der Denkschrift darauf hingewiesen, daß in mancher Hinsicht noch eine Erweiterung und Ergänzung erwünscht sei, aber nach der Denkschrift des Jahres 1887 konnte doch im Reichstage niemand erwarten, daß, sobald darauf eine fundamentale Aenderung der ganzen Marine und eine Beschaffung namentlich von großen Schlachtschiffen in diesem Umfang uns in diesem Herbst vorgeschlagen werden würde. Es handelt sich also hier nicht lediglich um eine Angelegenheit hochwichtig-finanzieller Art, nein, es handelt sich um eine wesentlich organische Umgestaltung unserer jetzigen Marineeinrichtungen. Um so mehr wird es erforderlich sein, daß diese Angelegenheit in der allersorgfältigsten Weise, zunächst also in der Kommission, geprüft wird, und da muß ich allerdings sagen, würde ich auch wünschen, daß zunächst der Kommission noch verschiedene sehr wichtige und nothwendige Aufklärungen gegeben werden, die ich in der Denkschrift zunächst noch vermeide. Die Denkschrift und der Etat geht davon aus, daß gleich im nächsten Jahre begonnen werden soll mit dem Bau von vier der größten Panzerfahrzeuge und noch zwei oder drei gepanzerten erheblich großen Schiffen, also von 6 bis 7 der größten Schiffe. Man darf im nächsten Jahre gewiß sein: in ähnlicher Weise geht es dann weiter: 28 Schiffe — die Zahl ist auch schon erwähnt, — sollen in den nächsten 6 Jahren, große, mittlere und kleine gebaut werden. Nun vermisse ich in der Denkschrift eine Angabe, was dann neben der Summe von 116 Mill. Mk., welche diese 28 Schiffe im ganzen kosten werden, die artilleristische und sonstige Ausrüstung dieser Schiffe noch kosten wird, und da ist mir beiläufig von Leuten, denen ich im allgemeinen ein Urtheil zutrauen kann, gesagt worden, das könnte am Ende ein zweites Dutzend Millionen kosten. (Zuruf: Mindestens?) Also es kommen, wenn diese Angabe richtig ist, zu den 116 Millionen noch 1½ Millionen hinzu. Das ist allerdings, wenn man es auch auf eine Anleihe nimmt, im wesentlichen ein ganz kolossaler Posten. In der Denkschrift vermisse ich aber weiter auch Angaben darüber, wie wird es nun künftig mit der Bemannung dieser Schiffe, wie wird es mit den Kosten? Wenn also der Plan in sechs Jahren durchgeführt ist und die Schiffe sind zum Theil als Ersatz, zum Theil zu den bisher in der Marine vorhandenen neu hinzutretend, — wie werden dann die Kosten der regelmäßigen Unterhaltung, die persönlichen und sachlichen Kosten sich verändern, und wie wird das Verhältniß derselben sich zu den jetzigen Kosten stellen? Das wird mehr die finanzielle Seite der Sache sein.

Es entstehen aber auch Fragen, die mehr administrativer, organisatorischer Art sind. Da muß der Kommission, wenn sie einem solchen Plane näher treten und ihn, sei es ganz oder theilweise, billigen soll, die vollständigste Aufklärung und Beruhigung darüber zukommen. Sind wir im stande, für diese Schiffe das Personal an Offizieren und Mannschaften in so kurzer Zeit zur Verfügung zu stellen, wie sie hier in Aussicht genommen ist, in einer Spanne Zeit von wenigen Jahren, und die weitere Frage, auf welche ich die Antwort in der Denkschrift auch vermisse, gestatte ich mir hinzuzufügen: Wie soll es denn möglich sein, oder ist es überhaupt möglich, daß diese Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden, oder ist es etwa in Absicht, daß sie nur theilweise in Deutschland und theilweise im Auslande gebaut werden. Es mag das ja immerhin sein, ich will darüber nicht sprechen, daß über einzelne dieser Fragen die Aufklärung wenigstens im engeren Kreise der Kommission vielleicht das Richtigere ist, aber über mehrere der von mir aufgeworfenen Fragen hätte man in der Denkschrift oder hier mündlich die nöthigen Angaben machen können. Der Abg. Richter, welcher auch diese Marinedenkschrift und die Kosten u. s. w. einer eingehenden Kritik unterzogen hat, hat nun meiner Meinung nach sich über die ganze Aufgabe und Bedeutung unserer Kriegsmarine sehr wegwerfend und doch wirklich nicht zweckentsprechend geäußert. Das ist vollkommen richtig, wir werden schwerlich in der Lage sein — bei unserer Küstenerstreckung ist das vielleicht auch nicht unsere Aufgabe — ähnlich wie England und Frankreich eine Marine ersten Ranges zu unterhalten. Das liegt aber auch gar nicht in der Aufgabe. Die Marine, wie sie hier ausgerüstet werden soll, würde immerhin eine Marine zweiten Ranges sein. Nun hat der Abg. Richter aber auch die Bedeutung einer solchen Marine einschließlich der kleinen Kreuzer und Fahrzeuge außerordentlich niedrig veranschlagt, und ich möchte glauben, wenn er einmal sich an seine Freunde in den Küstenstädten an der Nord- und Ostsee wendet, da würde er Antworten bekommen, die etwas anders lauten als seine eigene Anschauung, die er vorgetragen hat. Unmöglich kann es für diese großen und bedeutenden Hafenplätze gleichgültig sein, ob wir in den Seen, die sozusagen als unser Eigenthum vor der Thür liegen, in der Nordsee, in der Ostsee im Stande sind, auch wirklich anderen Seemächten gegenüber aufzutreten, oder ob wir auf eine Torpedovertheidigung in der Nord- und Ostsee beschränkt sind. Das kann man, glaube ich, von Deutschland und seiner Marine verlangen. Da muß unsere Nation den Kampf unter Umständen erfolgreich aufnehmen können. Etwas anderes ist es, inwieweit man in den Ocean und die fremden Meere hineinfahren will. Mit Schlachtschiffen scheint mir das nicht in Absicht zu sein, da käme es darauf hinaus, daß man mit den Kreuzern und kleineren Fahrzeugen unsere Handelsflotte schützt und der Flotte des fremden Landes Abbruch zu thun sucht, mit welchem man in einen Krieg verwickelt ist, und daß ein solcher Abbruch geschehen kann, ist nicht bestritten, nur die Möglichkeit, einen absoluten Schutz zu gewähren, wurde in Abrede gestellt. Ja, ein absoluter Schutz ist natürlich nicht möglich. Je geringer unsere Flotte ist, desto geringer ist natürlich der Schutz. Zuletzt kann der Schutz ein ganz minimaler werden. Aber die Sache ist doch anders, als früher, wo die Segelschiffahrt überwog. Jetzt haben wir, und zwar nicht blos die subventionirten Linien, wir haben eine ganze Reihe regelmäßig eingerichteter Dampferlinien von unseren großen Handelsplätzen aus. Diese Linien und die auf ihnen fahrenden Schiffe bis zu einem gewissen Grade zu schützen, muß doch immerhin möglich sein, wenn wir eine angemessene Flotte, wenn auch nur zweiten Ranges, haben, wenigstens kann das mit mehr Erfolg versucht werden. Nun ist dies von steigender Bedeutung für Deutschland. Wir haben dieser Tage schon in verschiedener Weise davon gesprochen und im großen Ganzen ist auch nicht in Abrede gestellt, auch wohl nicht von Herrn Richter, daß momentan Handel, Schifffahrt und Industrie im regem Aufschwung begriffen sind; von Handel und Rhederei ist es zweifellos. Die Rhederei hat seit dem vorigen Jahre zum ersten Mal seit langer Zeit mit erheblichem Gewinn fahren können, und die Zunahme von Schiffen für die nächste Zeit soll nach dem, was man gehört hat, eine ganz außerordentliche sein. Mir ist noch neulich, als ich die Ehre hatte, auf Einladung des hamburger Senates an den hamburger Festlichkeiten theilzunehmen, mitgetheilt worden, daß, und zwar in allernächster Zeit, für 40—50 Millionen Mark Schiffe in Hamburg allein aus Privatmitteln gebaut werden sollen, und man ist so eifig damit, daß, obwohl man es ungern thut, doch ein Drittel dieser Schiffe in Deutschland sich nicht ausführen läßt. Der Handel wird in der nächsten Zeit eine viel größere Bedeutung noch erfahren, und insofern ist auch der Schutz, der in kriegerischen Zeiten für unsere Handelsmarine vorhanden ist, viel vertheilter und wichtiger, als wie in Epochen einer geringeren Handels- und Marineentwickelung Deutschlands, und ich bin überzeugt, daß auch in diesen Handelsstädten, speziell in Hamburg, an deren Orten, wenn auch nicht in so kolossalem Maße, es ähnlich liegt, wie in dem reichen Hamburg, wenn dasselbe 40—50 Millionen aufwendet. Dann hat man auch die Hoffnung darauf, daß diese vermehrte und neue Handelsflotte unter dem Schutz des mächtigen Reiches und seiner Marine stehe. Nun will ich mir in diesem Zusammenhange noch eine Bemerkung gestatten, die mir der Abg. Richter nicht übelnehmen möge. Er und seine Freunde haben, wie gegen manches Vorgehen der Reichsregierung, so auch gegen das damalige Vorgehen des Reichskanzlers und des Reichstages in der Umänderung der Stellung von Hamburg und Bremen zum Zollverein einen sehr entschiedenen Widerstand entgegengesetzt; sie haben behauptet, daß das ein außerordentliches Verderben sein werde für die Entwickelung der Handelsstädte und haben die Vorlage (Abg. Bamberger: Eine Verschwendung wäre es!), gut, eine Verschwendung genannt, wenn man für die Städte, für Hamburg 40 Millionen ausgebe. Das ist übrigens nur eine Seite der Sache, Herr Bamberger. Man hat überhaupt die Einfügung dieser Städte in das deutsche Reich und auch die douce violence, die darin gefunden wurde, als verderblich und geradezu schädlich hingestellt. Nun aber muß man jetzt in Hamburg gewesen sein. Ich habe das Glück gehabt, den Fortgang der hamburger Bauten schon seit dem vorigen Jahre zu sehen. Ich glaube nicht das jetzt in Hamburg noch Leute vorhanden sind — viele sind es gewiß nicht — die den Eintritt Hamburgs in den Zollverein für ein Unglück halten. Im Gegentheil, man ist in Hamburg überzeugt, daß die Weltstellung des hamburger Handels einen ganz außerordentlichen Aufschwung nehmen wird infolge dieser Einrichtung, die jetzt in Hamburg, — ich kann jedem Herrn, der noch nicht dort war, rathen, sich dasselbe anzusehen — die so vollendet und zweckmäßig sein soll — ich muß mich auf das Urtheil anderer mehr verlassen, als auf mein eigenes, — die also so vollendet sein soll, wie an irgend einem Orte der Welt, Liverpool und Newyork mit eingeschlossen, und die Hamburger nehmen bestimmt an, daß gerade diese Einrichtungen, die jetzt getroffen sind, wesentlich dazu beitragen werden, ihren Handel bedeutend auszubreiten, und ganz angesehene Hamburger haben ganz offen eingestanden, daß es sehr schwer gewesen sein würde, daß Hamburg aus eigener Initiative ohne das Verhältniß von hier sich zu derartigen kolossalen Umwandlungen und Hafenanlagen von ganzen Stadttheilen von Hamburg, von Durchziehen dieser Stadttheile durch Häfen, Docks und andere Etablissements bereit gefunden haben würde. Es ist ja bekannt, daß die Hamburger außer den 40 Millionen, die ihnen das Reich dazu gegeben hat, um ihnen den Uebergang in die anderen Verhältnisse zu erleichtern, noch Summen aufwenden, die mehr als das Doppelte schon jetzt betragen und künftig vielleicht, wenn alles ausgeführt ist, das Dreifache betragen werden.

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter ferner die Nothwendigkeit der Vermehrung der Flotte, überhaupt der Flotte, hergeleitet aus unserer kolonialen Politik, welche er ja seit Jahren für eine durchaus gefährliche, wenn nicht verderbliche dargestellt hat. Nun, der Bau von großen Schiffen hängt ja mit der kolonialen Politik nicht zusammen. Immerhin aber mag es sein, daß, wie überhaupt unsere kolonialen Unternehmungen sich ausgedehnt haben bei uns wie bei anderen europäischen Nationen, ein Theil dieser Schiffe für nothwendig erachtet wird, um die gesteigerten Handelsverbindungen auch mit den deutschen Kolonien unter allen Umständen zu sichern.

Herr Richter hat dann in einer sehr absprechenden Weise sich über die ostafrikanischen Unternehmungen ausgesprochen. Ich bin persönlich weder bei der Ostafrikanischen Gesellschaft noch bei der Plantagengesellschaft betheiligt, ich kann darüber also ganz unbefangen urtheilen. Es bedauert gewiß jeder von uns, daß diese Unternehmungen dort wenige Jahre nach ihrer ersten Einrichtung eine so gefährliche Krisis durchmachen müssen. Aber das wäre doch das Allerthörichtste vom deutschen Reich und auch von deutschen Einzelunternehmern, wenn sie wegen solcher Schwierigkeiten nun ohne Weiteres die Flinte ins Korn würfen und sagten: mein Gott, solche Unternehmungen, bei denen man im ersten Anlauf, in den ersten Jahren einige Hunderttausend und selbst Millionen verdient, bei denen Menschen erschlagen werden, das sind so unglückliche Dinge, die man ohne weiteres aufgeben muß. Nein, es haben die anderen großen Nationen, beispielsweise die Spanier, Portugiesen, Engländer, Holländer, Franzosen auch mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, zum Theil 20, 30, 50 Jahre hindurch, und das hat sie doch nicht abgehalten, große koloniale Reiche zum Theil durch Gesellschaften, zum Theil durch die Reiche selbst, im ersten Anlauf zu gründen, in denen diese von mir genannten Staaten bis auf den heutigen Tag oder lange Zeit hindurch einen großen Theil ihres Wohlstandes begründet haben. (Widerspruch links). — Ja, Herr Richter, das wird ja nicht von allen Seiten anerkannt, aber wenn Sie ernstlich mit den Engländern oder Holländern darüber sprechen, werden die Ihnen wohl sagen, was für den englischen und holländischen Wohlstand Indien, Java u. s. w. bedeuten. (Zuruf links: Afrika!) Ja, nun sagt Herr Richter: Aber Afrika! Als die Holländer und Engländer in den ersten paar Jahren in Java und in Indien waren, da waren ihre Verhältnisse auch nicht zu glänzend, weder der Handel war so groß, noch brachten die Plantagen und die dortigen Faktoreien so viel Geld ein. Zum Theil hat es viel länger gedauert, das Zehn- und Zwanzigfache an Zeit. Aber endlich ist das doch eingetreten. Und ist denn das über Alles geschlossen? Mit welcher Sicherheit will denn Herr Richter behaupten, daß nicht der schwarze Kontinent für eine solche Entwickelung nicht von Arbeitern, von Hunderttausenden von deutschen Arbeitern, aber wohl von Plantagen, Faktoreien und Handel u. s. w. eine sehr weittragende Grundlage geben soll? Wo ist denn jetzt die Verwirrung, die Unordnung und die Beschädigung erfolgt? Das ist doch nur in einem Theile von Afrika, in Ostafrika, und dort auch nicht in den deutschen Gebieten allein, wenn auch allerdings in diesem, wie es scheint, in höherem Maße, sondern gleichzeitig auch in den englischen, gleichzeitig auch in den portugiesischen. Ganz anders ist es auf der Westseite. In Ostafrika ist man zusammengestoßen, — einerlei wen die Schuld trifft, das wird wohl kein Mensch in diesem Augenblicke entscheiden wollen — da ist ein Zusammenstoß erfolgt mit arabischen Handelsleuten, mit arabischen Sklavenhändlern u. s. w. Es ist in irgend einer Form die eingeborene Bevölkerung aufgeregt, und es ist eine Unruhe, eine Bewegung, anscheinend geleitet durch die Araber, der einheimischen Bevölkerung gegen die europäische da zum Vorschein gekommen. Ganz anders liegt die Sache in West-Afrika. Wenn Sie diese Dinge für so verderblich halten, so ist es verkehrt, wenn Sie nur nach dem einen Punkt hinsehen. Wie ist es denn in Westafrika? In Togo, in Kamerun? Nun, es wird vielleicht noch Gelegenheit sein, bei den Einzelberathungen auf diese Frage einzugehen. Nach dem, was ich gehört habe, entwickeln sich die Verhältnisse in Kamerun und Tongo durchaus günstig: Handel und Plantagenbau sind im entschiedenen Fortschreiten begriffen. Der Etat giebt ja selbst einen Anhalt dafür, daß die Verwaltungskosten durch die dort aufkommenden Intraden gedeckt werden, und die Hoffnung ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Kosten für den Gouverneur u. s. w., also die eigentliche Reichsverwaltung, mit der Zeit dort auch gedeckt werden können. Auf diese Frage will ich im Moment nicht weiter eingehen; aber die Möglichkeit ist doch nicht von der Hand zu weisen. So viel ich weiß, hat ja die Sache auch bei den Herren auf der linken Seite des Hauses keinen prinzipiellen Widerstand gefunden, wenigstens keinen nachhaltigen, daß dort das Reich die Gebiete selbst in Verwaltung nimmt, d. h. in den Schutzgebieten die Hoheitsrechte wahrnimmt, die nöthigen Kosten dafür aufwendet, und die Verwaltung selbst übernimmt. Wenn gesagt wird, die ostafrikanische Gesellschaft hätte eine unsolide Grundlage gehabt, so will ich das in gewisser Hinsicht anerkennen. Die Leute sind eben unvorsichtiger gewesen und sind anders verfahren als die klugen Hamburger; als es sich um Togo und Kamerun handelte, und um den Schutzbrief, die Hoheitsrechte und die Kosten derselben, da haben die solchen klugen Hamburger gesagt: Es fällt uns gar nicht ein, irgend ein Hoheitsrecht selbst zu übernehmen und dafür Kosten aufzuwenden, das können wir nicht, wir haben kaufmännische Unternehmungen vor, wir wollen Plantagen anlegen und die Verwaltung mag das deutsche Reich selbst bezahlen. Da sind nun die Herren in Ostafrika unvorsichtiger gewesen, oder, wenn man will, unsolider, und haben die Kosten vorläufig auf sich genommen, und da ist es möglich, daß im Laufe der Zeit, wenn die Sache nicht ausführbar ist, man eine ähnliche Einrichtung in Ostafrika trifft, wie in West-Afrika. Ich will mich im Moment auf die Frage nicht weiter einlassen. Es kann auch sein, daß in der besonderen Situation zum Sultan von Zanzibar Schwierigkeiten liegen, weil man die Oberhoheit an der Küste nicht ausüben will, also die Schwierigkeiten, die dort entstanden sind, sind nicht größer, als andere Nationen sie bei Unternehmungen ähnlicher Art, wenn sie neu waren, auch gefunden haben. Diese betreffen nicht Afrika im allgemeinen, sondern sie liegen in dem Zusammenstoße der europäischen Kultur mit den Arabern, und es ist zu hoffen, daß die Zusammenwirkung der europäischen Mächte — es werden sich ja, wie es scheint, Frankreich und Portugal noch anschließen, an die von England und Deutschland begonnene Operation — die vollkommene Sicherheit, so weit es geht, für den Handel und den Plantagenbau wiederherstellt.

Nun, was die übrigen Theile des Etats anlangt, so ist es nicht möglich, in der späten Stunde vieles noch darüber zu sagen. Das Schwergewicht liegt auch diesmal ja wesentlich bei dem Marineetat, und dieser wird die größte Aufmerksamkeit in der Kommission unter allen Umständen finden müssen.

Ich will nur noch das eine sagen, das im Etat allerdings auch auf anderen Gebieten eine Reihe von Kostenvermehrungen vorhanden sind, seien es sachliche, seien es persönliche. Alle diese werden der Kommission überwiesen werden, soweit sie wichtiger sind, und werden dort geprüft werden, und ich zweifle nicht, daß dort in der Kommission eine sorgfältige Berathung erfolgen wird, und daß wir allerdings — wie ich das schon vorhin gesagt habe, bezüglich der anwachsenden Schulden die größte Sparsamkeit und Solidität in der Budgetkommission auch diesmal als die maßgebende Auffassung gelten lassen müssen, wie dies auch in früheren Jahren geschehen ist (Beifall).

Schatzsekretär v. Malzahn-Gültz bemerkt, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen das Waarenverzeichniß nicht früher publizirt zu werden brauchte, als es geschehe. Eine frühere Veröffentlichung sei diesmal nicht möglich gewesen. Die Beschwerden über die nicht richtige Einstellung der Artikel in das Waarenverzeichniß würden genau geprüft und eventuell abgestellt werden, eben-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18881130020/fragment/page=0003

so würden etwa vorhandene unrichtige Fortsetzungen der Ausbeuteverhältnisse bei der Spiritussteuer, namentlich in den süddeutschen kleinen Brennereien berichtigt werden. — Gegen die Behauptung, daß die Kornzölle eine erhebliche Theuerung hervorgerufen haben, spreche die Statistik. Die Preise für Weizen hatten im Oktober durchschnittlich 181 M., für Roggen 158 M. betragen. Die Durchschnittspreise der Jahre 1880—1887 seien für Weizen 189, für Roggen 161 M. (Hört! hört! rechts), die Durchschnittspreise der 10 Jahre 1870—1879, wo keine Kornzölle bestanden, seien für Weizen 221, für Roggen 169 M. gewesen. (Hört! hört! rechts).

Stellvertretender Chef der Admiralität Graf **Monts**: Die dem Etat beigelegte Denkschrift konnte aus verschiedenen Gründen nicht eingehender motivirt werden. Es ist selbstverständlich, daß in der Kommission über jeden einzelnen Punkt ausführlich Auskunft gegeben wird. Ich möchte nur eins betonen, daß ich ganz gewiß die hohen Forderungen nicht vorgelegt hätte, wenn ich nicht die Ueberzeugung hätte, daß unser bisheriger Bestand an Schiffen nicht ausreicht. Ich kann außerdem versichern, daß ganz gewiß ohne die zwingendste Nothwendigkeit unsere deutschen Schiffe alle deutsch sein werden, vom Kiel bis zur Flagge. Die Frage, ob wir mit den Mannschaften reichen werden, können wir in der Kommission noch diskutiren. Ich werde die Ehre haben, dort nachzuweisen, daß, was wir für die neuen Schiffe mehr brauchen, wir durch den Eingang der alten sparen werden.

Es ist mir aufgefallen, daß vielfach betont wurde, es würde jetzt zu einem andern System in der Marine übergegangen. Das ist durchaus nicht der Fall. Was Herr Caprivi als unsre erste Aufgabe hingestellt hat, für die Vertheidigung unserer Küsten zu sorgen, das ist jetzt erreicht. Nur zufällig fällt mit meinem Amtsantritt dieser Abschluß zusammen. Ich hoffe, daß der bisherige Chef der Admiralität den Dank und die Anerkennung für das Große, was er für die Marine geleistet hat, finden wird.

Abg. **Rickert** verzichtet wegen der vorgerückten Stunde auf das Wort.

Die Diskussion wird sodann geschlossen.

Abg. **Richter** (persönlich): Ich habe nicht wegwerfend, wie Abg. Bennigsen meint, über die Bedeutung unserer Marine für die Vertheidigung der heimischen Küsten gesprochen. Ich habe gerade hervorgehoben, daß, wenn jetzt größere Anforderungen an die Marine gestellt werden müßten, man umsomehr sich hüten müsse, die Kräfte derselben zu zersplittern und auf kolonialpolitische Schutzgebiete zu verzetteln.

Eine Anzahl von Etats wird hierauf wie üblich der Budgetkommission überwiesen. Der Rest wird im Plenum berathen werden.

Eine Reihe kleinerer Rechnungs-Vorlagen wird ohne Debatte erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag **1 Uhr.** (Kleinere Vorlagen, freisinnige Anträge.)

Schluß 5½ Uhr.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* **Berlin**, 28. Nov. Weizen per 1000 kg. Loco flau. Termine flau. Gekündigt 500 t. Kündigungspreis 178 M. Loco 173—200 M. nach Qualität, Gelbe Lieferungsqualität 176,5 M., per diesen Monat 178,75—178 bez., per Nov.-Dez. und per Dez. 178,5—177,5 bez.

Weizen (neuer Usance mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 kg. Loco flau. Termine flau. Gekündigt —.— t. Kündigungspreis —.— M. Loco 180—202 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 190 M., per diesen Monat —.—, per April-Mai 1889 202,75—201,25 bez.

Roggen per 1000 kg. Loco behauptet. Termine niedriger. Gekündigt 700 t. Kündigungspreis 152 M. Loco 148—160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 151,5 M., inländ. alter 154—154,15 ab Boden bez., per diesen Monat, per Nov.-Dez. und per Dez. 153 151,75 bez., per April-Mai 1889 156,25—155,25 bez., per Mai-Juni 156,5—155,75 bez.

Gerste per 1000 kg. Flauer. Große und kleine 130—197 M. nach Qual. Futtergerste 130—150 M.

Hafer per 1000 kg. Loco behauptet. Termine niedriger. Gekündigt —.— t. Kündigungspreis —.— M. Loco 130—162 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 134 M., pommerscher mittel 144—147, guter 148—153 ab Bahn bez., schlesischer guter 147—150 ab Bahn bez., preußischer geringer 131—134, mittel 137—143, guter 144—150, feiner 152—156 ab Bahn bez., per diesen Monat, per Nov.-Dez. und per Dez. 134,75—134,50 bez., per April-Mai 1889 138,5—138,25 bez.

* **Magdeburg**, 28. Nov. (Gebr. Friedeberg.) Landweizen 186—190 M., Weißweizen 184—188 M., glatter engl. Weizen 183—186 M., Rauhweizen 168 bis 173 M., Roggen 158—170 M., Chevaliergerste 160—195 M., Landgerste 150—162 M., Hafer 144—152 M. für 1000 kg.

Leipziger Börse vom 28. November.

Zf. Kgl. Sächs.	M.		Zf. Kgl. Sächs.	Thlr.	
3 Renten-Anl.	5000 3000	93,50 G	4 Mansf. Gw. 1882	500	103,00 G
3 do.	1000	93,50 G	4½ do.		—,—
3 do.	500	93,60 G	4½ do. 1879		103,15 G
	Thlr.		5 doEm.1875		103,00 G
3% Staatsanl. 1855	100	97,60 G	4 Lpz.Stadtobl1884		105,70 B
4% do. 1847	500	101,20 G	4½ do. 1876		105,00 B
4% do. 1870	100	104,75 B	3½ Altb. Landobl.		101,90 G
4 do. 67 ab5%	500	104,75 B	4 do. do.		101,90 G
3½ Landrentenbr.	500	99,80 G			

Div.	Eisenb.-St.-Akt.	
9 8/11	Altenburg-Zeitz	133,50 B
17 1/7	Aussig-Teplitz	390,00 G
7½	Böhm. Westb. [5% g.	132,00 B
8	Buschtehrad. Lit. A.	139,75 B
6	do. do. B.	125,75 bzG
7½	Dux-Bodenbach	171,00 G
5¼	Frz.-Jos.-B. [5% g.	—,—
	Eisenb.-St.-P.-A.	
8 7/11	Altenburg-Zeitz	165,00 B
7½	Dux-Bodenb. Lit. A.	163,00 G
7½	do. do. B.	163,00 G
	Bank- u. Kred.-A.	
9	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	190,25 B
7	Dresdener Bank	137,25 G
0	Geraer Bank	84,50 G
5½	do. Hdls.- u. Krdtb.	103,00 G
5½	Gothaer Privatbank	115,60 G
5	Leipziger Bank	134,50 B
4½	do. Kassen-Verein	102,25 G
—	do. Diskt.-Gesellsch.	—,—
4	Sächs. Bank	111,50 B
0	Weimar. Bank, abgst.	101,00 G
7	Zwickauer	105,50 G
	Ind.-Akt., Pr. u. Stamm-Prior.	
2 2/3	Chemn. Werkz.-M.-Fbr. (Zimmerm.)	86,00 G
10	Cröllw. Papierfabr.	168,00 G
—	5% do. Schuldverschr	101,25 B
0	Dörstewitz-Raitm.	59,00 G
0	D. W. M. (Sonderm. u. Stier) Vorz.-A.	32,00 B
4½	Geraer Jutesp. u. W.	103,75 B
6	Germania (Schw. u. Sohn)	127,25 B
6	Hallesche Straßen-B.	—,—
0	Kette Elbs.-Ges.-Akt.	79,00 B
0	Körbisd. Zuckerfabr.	105,00 G

Div.		
5	Leipz. Baubank	147,00 G
10	do. Bierbr. z. Reudnitz, v. Riebeck u. Co.	183,50 B
11	Lpz. Kammgarnsp.	214,00 G
11 2/3	do. Malzf. Schkeud.	175,00 B
7	Sächs. Kammgarnsp. (Solbrig)	90,00 G
6	Sächs. Masch.-Fabr. (Hartmann)	149,50 bzB
13	Sächs. Webstuhlfabr. (Schönherr)	262,25 G
8	Thür. Gasgel. Lpz.	147,00 G
8	do. Stamm-Pr.	152,50 G
7	S.-Thür. Br.-B. St	158,00 G
7	do. St.-Prior.	159,50 B
0	Ver. S. Thür. Parf. u. S.-Pr.-Akt. v. C.	—,—
0	Zeitzer Par. u. S. Akt.	89,80 G
—	do. do. Oblig.	104,50 G
5	Westeregeln, Part.-Oblig.	103,00 G
3	Zuckerfabrik Glauzig	101,50 G
9	Zuckerraffinerie Halle	117,00 bz
	Ausl. Eis.-P.-Obl.	
%		
4	Aussig-Teplitzer	103,50 G
5	Böhm. Nordbahn	90,00 G
4	do. do. Gold	101,75 G
5	Buschtehr. [B.Rdw.	88,25 bz
5	do. Em. 1871	88,25 bz
5	do. do. 1872	88,25 G
4½	do. Gold	105,50 B
5	Dux-Bodenbach	88,25 B
5	do. Em. 1871	88,25 B
5	do. do. 1874	107,50 B
4½	Graz-Köflacher	83,70 B
5	do. Em. v. 1871 u. 72	84,75 B
5	Kaschau-Oderberg	84,00 G
4	Prag-Dux Gold	100,80 G
5	do. Gold	108,00 bzB
5	Prag-Turnau	90,00 G

Butter. Eier. Fleisch.

* **Berlin**, 27. Nov. (Pol.-Präs.) Rindfleisch, von der Keule, 1,00—1,40 Bauchfleisch 0,80—1,20, Schweinefleisch 0,90—1,40, Kalbfleisch 0,90—1,50, Hammelfleisch 0,80—1,40, Butter 1,80—2,80 M. per 1 kg, Eier 2,80—4,80 M. per 60 Stück.

Kartoffeln.

* **Berlin**, 27. Nov. (Pol.-Präs.) Kartoffeln 5,00—7,50 M. per 100 kg.

Berliner Börse, 28. November.

Preuß. u. Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	108,10 bz
do. do.	3½	103,10 B
Preuß. konsol. Staats-Anl.	4	107,70 bzB
do. do. do.	3½	104,00 B
Staats-Schuldscheine	3½	101,20 G
Staats-Pr.-Anleihe 1855	3½	169,90 G
Berl. Stadt-Obligation	4	104,50 G
Hallesche Stadt-Anleihe	3½	—,—
Provinzial-Pfandbriefe.		
Landschaftliche Central	4	103,50 bz
do. do.	3½	101,20 bz
Landschaftl. Centr.-Pfdbrfe.	3	93,30 bzG
Posensche, neue	4	102,10 G
Sächsische	4	—,—
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	100,90 bz
Westpreuß. do.	3½	101,00 B
Renten-Briefe.		
Pommersche	4	104,90 G
Posensche	4	104,90 G
Preußische	4	104,90 G
Sächsische	4	104,90 G
Schlesische	4	104,90 G
Bad. Präm.-Anleihe 1867	4	139,60 bz
Bairische Prämien-Anleihe	4	140,20 bzG
Braunschw. 20 Thlr.-Loose	—	100,60 bz
Bremer Anleihe	3½	101,60 bz
Köln-Mind. Pr.-A.-Sch.	3½	139,10 bz
Hamburger Staatsrente	3½	101,50 G
Meininger Loose	—	26,00 bz
Oldenburger 40 Thlr.-Loose	3	135,00 B
Sächsische Staats.Anleihe	4	104,40 G
do. Rente	3	93,50 G
In- und ausländische Hypotheken-Pfandbriefe.		
Anhalt-Dessauer Pfdbrfe.	4	103,00 B
Deutsche Grundschuld-Bank	4	103,00 bzG
do. do.	3½	99,00 G
do. Hyp.-Bank (Berlin)	4	102,80 bzG
do. do. (Meiningen)	4	102,50 G
Gothaer Präm.-Pfdbr. I.abg.	3½	106,70 B
do. do. II.abg.	3½	103,40 bzG
do. III. rzb. à 110 abg.	3½	99,75 G
do. IV. rzb. à 110 abg.	3½	99,75 G
do. V. do. abg.	3½	95,50 bzG
Hamb. Hyp.-Bank-Pfdbrfe.	4	103,00 bz
H. Hendel, Bergw.-Obl.	4½	105,20 B
Pr. Bodenkr.-H.-Pfdb. unkdb.	5	111,75 G
do. Ser. III.	5	108,40 G
do.	4	102,90 B
Pr. Centr.-Bod.-Kr.-Pfdbr.	5	113,75 bzG
do. do. 110 rckz.	4½	111,60 G
do. do.	4	101,90 bzG
do. Hyp.-Bk.-Pfdbrfe. VI.	5	110,75 G
do. div. Ser. rz. 100	4	103,20 bzG
do.	3½	99,40 bzG
Südd. Bodenkredit	4	101,80 G
Russ. Bodenkredit-Pfandbr.	5	97,25 G
do. Centralbodenkr.-Pfdb.	5	76,60 G
Ausl. Staats- u. Komm.-Papiere.		
Italienische Rente	5	95,60 bzB
Kopenhagener Stadt-Anleihe	3½	96,90 B
Lissaboner Stadt-Anleihe	4	83,10 B
Oesterreich. Papier-Rente	4½	68,00 G
do. Silber-Rente	4½	68,75 bzB

Oesterreich. Gold-Rente	4	91,90 B
do. Kredit 1858	—	—,—
do. 1860er Loose	5	117,30 bz
do. 1864er Loose	—	300,00 B
Römische III. Stadt-Anleihe	4	95,80 bzB
Rumänische Staats-Rente	6	106,50 B
do. do. fund.	5	101,60 bz
do. do. amort.	5	94,10 bzG
Russ. kons. Anleihe 1870	5	—,—
Russ. kons. Anleihe 1871	5	—,—
do. 77 (Pfd. St. à 20 M.)	5	102,10 bz
do. 80 (Pfd. St. à 20 M.)	4	86,25 bz
do. 84 (Pfd. St. à 20 M.)	5	99,40 G
do. Orient-Anl. II.	5	61,50 bz
do. do. III.	5	62,00 bz
do. Pr.-Anl. 1864	5	175,40 bz
do. Pr.-Anl. 1866	5	155,50 bz
Russ. Gold-Rente 1883	6	113,75 bzB
do. do. (stempelpflichtig)	5	92,10 G
Russisch-Polnische Schatzanw.	4	89,20 G
Schwed. Staats-Anleihe 1875	4½	101,60 bz
do. Hypoth.-Pfandbriefe	4½	100,00 G
do. do.	4	101,50 G
Serbische Rente	5	81,60 bzG
do. do. neue	5	83,80 bzG
Ungar. Gömörer Pfandbr.	5	100,80 G
do. Gold-Rente	4	83,75 bz
do. do. mittel	4	83,80 bzB
do. Gold-Inv.-Anleihe	5	101,00 G
do. Papier-Rente	5	76,20 bzB
do. Eisenbahn-Anleihe	5	100,70 bz
In- u. ausl. Eisenbahn-St.- u. St.-Prior.-Aktien.		
Aachen-Mastricht	4	55,50 bzG
Aussig-Teplitz	4	288,50 G
Berlin-Dresden	4	—,—
Böhmische Westbahn	5	—,—
Buschtehrader Lit. B.	4	125,90 bz
Dortmund-Gron.-Enschede	4	87,30 bz
Dux-Bodenbacher	4	173,25 bz
Galizier (Karl Ludwig)	4	88,00 bz
Gotthardbahn	4	125,00 bz
Italienische Mittelmeer-E.-B.	4	121,40 bz
Kronprinz Rudolfbahn	5	—,—
Ludwigshafen-Bexbach	4	228,00 bzB
Mainz-Ludwigshafen	4	106,70 bz
Marienburg-Mlawka	4	91,25 bz
Mecklenb. Friedr-Franz	4	155,90 bz
Niederschl.-Märkisch gar.	4	102,50 G
Nordhausen-Erfurter	4	—,—
Oesterreichische Nordwestbahn	5	—,—
do. (Elbethal)	4	—,—
Ostpreußische Südbahn	4	125,90 bz
Oestr. Staatsbahn Akt.	4	104,75 bz
Russische St.-B. gar. (No. 125)	5	122,50 bz
do. Südwestbahn	5	68,00 bz
Saalbahn	4	42,40 bzG
Schweiz. Unionbahn	4	—,—
Stargard-Posener gar.	4½	105,50 B
Südösterreichische St. (Lomb.)	4	42,50 bz
Ungar.-Galiz. gar.	5	74,50 bzB
Warschau-Wien	4	179,00 B
Werrabahn	4	73,10 bz
Stamm-Prioritäts-Aktien.		
Berlin-Dresden	5	—,—
Marienburg-Mlawka	5	112,00 bzG
Nordhausen-Erfurt	5	—,—
Oberlausitzer	5	—,—
Ostpreußische Südbahn	5	119,00 bzG
Saalbahn	5	106,90 bz
Weimar-Gera	5	87,90 bz

Bank-Aktien.		
Aachener Diskonto	4	76,60 G
Berliner Kassen-Verein	4	125,50 bz
do. Handelsgesellschaft	4	171,00 bzG
do. Makler-Verein	4	137,75 G
Börsen-Kommissionsbank	4	— —
Börsen-Handels-Verein	4	146,00 G
Braunschweiger Bank	4	103,10 G
do. Kredit	4	109,10 G
Bremer Bank	4	— —
Breslauer Diskonto Friedthl.	4	107,25 bzG
Chemnitzer Bank-Verein	4	— —
Koburger Kredit	4	90,00 bzG
Danziger Privatbank	4	— —
Darmstädter Bank	4	156,00 bz
do. Zettelbank	4	103,50 bzB
Dessauer Landesbank	4	— —
Deutsche Bank	4	168,50 bzG
do. Genossenschaft	4	133,60 B
do. Hyp.-B. (Berlin) 30%	4	109,70 B
do. do. (Meiningen) 40%	4	101,60 G
Diskonto-Kommandit	4	217,60 bz
Dresdener Bank	4	137,50 bzG
Effekten-Maklerbank	4	— —
Geraer Bank	4	84,90 bz
Getreide-Maklerbank	4	— —
Gothaer Privat-Bank	4	116,25 bz
Hannöversche Bank	4	— —
Intern. Bank Berlin	4	117,00 bzG
Königsberger Vereinsbank	4	114,00 bz
Leipziger Kredit	4	190,10 G
do. Diskonto	4	10,00 bzG
Lübecker Bank	4	109,75 G
Magdeburger Bank-Verein	4	111,80 G
do. Privatbank	4	— —
Maklerbank	4	116,10 G
Meininger Kredit	4	102,40 bz
Nationalbank f. Deutschland	4	125,90 bzG
Norddtsch. Grund-Kreditbank	4	67,60 bzG
Oesterreichische Kredit-Anstalt	4	158,75 bz
Preuß. Boden-Kredit-Anstalt	4	118,90 bzG
do. Centralbodenkredit	4	140,90 G
do. Hyp.-Aktienbank	4	112,60 G
do. Immobilienbank	4	582,50 G
Reichsbank-Antheile	4½	141,10 bz
Russ. Bank f. ausw. Handel	4	51,25 bz
Sächsische Bank	4	111,75 bzG
Schaaffh. Bank-Verein	4	100,00 G
Schlesischer Bank-Verein	4	121,80 bz
Süddeutscher Bodenkredit	4	146,10 G
Weimarische Bank	4	— —
Westfälische Bank	4	113,50 G
Eisenbahn-Prior.-Aktien und Obligationen.		
Versch. 4% Prior. abgestemp. zum Bezug v. 3½% Konsols	—	— —
Berg.-Märk. III. A. 3 g.	3½	101,75 B
do. do. VII. konv.	4	103,90 B
do. do. VIII.	4	103,90 B
do. do. IX.	4	103,90 B
do. (Nordbahn)	4	— —
Berlin-Anhalt La. C.	4	103,90 B
Berlin-Dresden gar.	4½	— —
Berlin-Görlitz B.	4	103,70 B
Berlin-Hamburg III.	4	103,60 G
Berlin-Stettin gar.	4	104,00 B
Braunschw. Eisenb. Prior.	4½	107,75 G
Bresl.-Schw.-Frb. H.	4	— —
Köln-Minden IV.	4	103,60 G
do. VI.	4	103,60 G
do. VII.	4	103,75 bzB
Magdeb.-Halberst. v. 1865	4	— —

Magdeb.-Halberstädter 1873	4	103,70 bzB
do. Leipzig A.	4	105,40 G
do. do. B.	4	103,70 bzB
do. Wittenberge	3	94,00 bzG
Mainz-Ludw. gar konv.	4	— —
do. 1878r	4	103,90 bzG
do. 1874r	4	103,25 G
Niederschl.-Mrk. I.	4	— —
Oberschles. gar. Lit. E.	3½	101,00 G
do. 4% gar. Lit. H.	4	103,50 G
do. Em. v. 73	4	103,50 G
do. do. 79	4½	103,90 bzB
do. do. 80	4	103,75 G
Rechte Oder-Ufer	4	103,50 bzG
Rheinische III. E.	4	103,50 G
Thüringer VI. Serie	4	— —
Albrechtsbahn gar.	5	82,90 G
Böhmische Nordb. Gold	4	101,75 G
Dux-Bodenbach II.	5	87,80 bz
do. III.	5	— —
Dux-Prag	5	— —
Galiz.-Karl-Ludwigsbahn	4½	83,00 G
Kaschau-Oderberg	5	84,00 G
do. Gold	5	101,70 bz
Kronprinz Rudolf 84	4	75,80 bzB.
Lemberg-Czernow. IV.	4	72,20 bzG
Oesterr.-Franz. Stb., alte	3	82,80 bz
do. do. 1874	3	— —
do. Ergz.-Netz, neue	3	78,20 B
do. Gold-Pr.	4	101,60 B
Oesterr. Staatsb. 3% v. 1885	4	78,00 B
do. Nordwestbahn	5	88,60 G
do. 1874r. Gold-Pr	5	108,40 bzG
Pilsen-Priesen	4	75,30 G
Südöstl. Bahn (Lomb.)	3	60,40 bz
do. Oblig.	5	103,60 bz
Ungar. Nordostbahn	5	81,50 bzG
do. do. Gold	5	101,50 B
do. Ostbahn I.	5	81,60 G
do. do. II.	5	100,60 bz
Charkow-Azow	5	95,75 bzG
Iwangor.-Dombrowo	4½	88,80 bz
Große Russische	3	74,90 bz
Kursk-Kiew	4	86,50 bz
Mosco-Kursk Prior.	4	81,90 bzB
Mosco-Rjäsan	4	90,80 G
do. Smolensk	5	95,40 bz
Rjaschk-Morczansk	5	94,60 bz
Rybinsk-Bolog	5	84,30 B
Rjäsan-Kozlow	4	86,75 bz
Russ. Nikolai-Obligation	4	87,90 bzG
Schuja-Iwanowo	5	94,70 B
Südwestbahn	4	82,60 bzG
Transkaukasische	3	66,60 G
Wladikawkas gar.	4	80,00 bzG
Warschau-Wien IV.	5	100,80 bz
do. V.	5	100,80 bz
Zarskoe-Selo	5	75,70 G
Industrie-Papiere.		
Brauerei Königstadt	4	150,00 bz
Berliner Brauerei Tivoli	4	122,25 bz
do. Unionbrauerei	4	— —
do. Bock-Brauerei	4	— —
Leipziger Brauerei, Riebeck	4	183,00 bzB
Berl. Masch.-F. (Schwartzk.)	4	320,25 bzG
do. Große Pferdebahn	4	267,50 bzG
do. Allgem. Omnibus	4	164,00 bzG
Eckert Maschinenfabrik	4	125,90 bz

Anhalter Maschinen	9	105,25 B
Bresl. Waggon-Fabr. (Linke)	4	178,50 bzG
Breslauer Oelwerke	4	93,50 B
Hallesche Maschinen-Fabrik	4	— —
Sächsische Masch. (Hartmann)	4	149,40 bzG
do. Stickmasch.-Fabrik	4	95,00 B
Chemn. Werkz. (Zimmerm.)	4	85,75 G
Zeitz. Maschinen Schaede	4	240,50 bzG
Bismarckhütte	4	170,25 bzG
Bonifacius	4	91,50 bzG
Bochumer Gußstahl	4	178,00 bz
Kölner Bergwerk	4	134,25 bzG
Donnersmarckhütte	4	59,50 bz
Dortm. Union St.-Pr. Lit. A.	6	88,50 bzG
Dortm. Bergbau Lit. A.	4	39,00 bzG
Gelsenkirchen Bergwerk	4	136,25 bzG
Harpener Bergwerk	4	122,75 bzB
Hibernia u. Shamrock	4	123,50 bzG
Hörder Bergwerk	4	35,30 bzG
Königs- u. Laurahütte	4	125,50 bz
Lauchhammer konv.	4	123,75 G
Luise Tiefbau	4	82,50 bz
Magdeb. Bergwerks-Gesellsch.	4	— —
do. do. St.-Pr.	5	— —
Oppeln Cement	4	125,25 G
Phönix A.	6	100,10 bzG
Riebeck. Mont.-Werke [10½		167,80 bz
Sächsisch-Thür. Braunkohlen	4	158,60 bz
do. do. St.-Prior.	5	159,00 G
Schles. Cement	4	220,00 bzG
Schlesische Zinkhütte	4	145,50 bz
do. do. St.-Pr.	4½	145,90 bz
Wurm-Revier-Aktien	4	73,75 bzG
Körbisdorf Zucker-Fabrik	4	105,30 B
Glauzig Zucker-Fabrik	4	102,50 bzG
Dessauer Gas	4	170,00 bz
Magdeb. allgem. Gas	4	94,25 B
Cröllwitzer Papier-Fabrik	4	167,50 B
Eilenburger Kattun	4	— —
Greppiner Werke	4	98,00 bzB
Leopoldshaller Verein	4	116,00 bzG
Voigt u. Winde Gummi	4	134,00 G
Volpi u. Schlüter, Gummi	4	103,25 bzG
Dortmunder Union-Obl.	5	112,25 B

Wechselkurs.

Amsterdam	100 fl.	8 T.	168,55 bz
Brüssel u. Antw	100 fr.	8 T.	80,40 B
London	1 Lstrl.	8 T.	20,36 bz
Paris	100 fr.	8 T.	80,40 bzG
Wien österr. W.	100 fl.	8 T.	166,80 bz
Petersburg	100 SR.	3 W.	206,50 bz

Bank-Diskonto.

Berlin, Wechsel 4 %, Lombard 5. Amsterdam 2½. Brüssel 5. London 5. Paris 4½. Petersburg 6. Wien 4½.

Gold, Silber u. Banknoten.

Sovereigns	20,30 G
Englische Banknoten	— —
Napoleondor	16,13 G
Dollars	4,175 G
Imperials	— —
Französische Banknoten	80,65 B
Oesterreichische Banknoten	167,10 bzB
Russische Banknoten	207,25 bz

Selmar Böning

Große Ulrichstraße 49,

empfiehlt zu

Weihnachts-Einkäufen:

Tricot-Taillen und -Blousen, leinene und seidene Taschentücher, Herren-Cachenez, Unterröcke, Morgenröcke, wollene u. seid. Schürzen, Tischdecken, Angora-Felle, Ball- und Gesellschafts-Umhänge u. Châles.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18881130020/fragment/page=0004